

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Peter Hofer

Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung

23. Jg./1990

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung

Basisüberlegungen zur Studie „Arbeitslandschaft bis 2010 nach Umfang und Tätigkeitsprofilen“

Peter Hofer, Basel*)

Der vorliegende Beitrag stellt die Basisüberlegungen zu den wirtschaftlichen Szenarien dar, welche der Untersuchung „Arbeitslandschaft bis 2010 nach Umfang und Tätigkeiten“ zugrunde liegen.

Diskutiert und vorgestellt wird ein Wachstumskorridor, der durch eine optimistische Variante (zukunftsorientiertes und bewußtes Fördern des Strukturwandels) und eine pessimistische Variante (passives, lethargisches Reagieren auf Probleme und Verschleppen derselben) eingegrenzt wird. Das mittlere Szenario (Status quo des politischen Handelns) liegt näher beim oberen als beim unteren Szenario.

Die Szenarien umspannen quantitativ eine Wachstumsbandbreite von 1.5% p.a. in der unteren und 2.7% p.a. in der oberen Variante für den Zeitraum 1988 bis 2010. Die mittlere Variante liegt bei 2.3% p.a. BSP-Wachstum. Beschäftigungsmäßig bedeutet dies eine Zahl von 27,5 bis 28 Mio. Erwerbstätigen in 2010 gegenüber 27,04 Mio. in 1987, eine Spanne, die deutlich geringer ist als die Spannbreite des projektierten BSP-Wachstums, weil die der Projektion zugrunde liegenden Produktivitätsraten in den Varianten weniger stark variieren als das BSP-Wachstum.

Eingegangen wird auch auf die Frage, ob die besonders positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft zwischen 1988 und 1990 (BSP-Wachstum voraussichtlich 3.6% p.a., Zunahme der Beschäftigung bis 1990 voraussichtlich 0,8 Mio. gegenüber 1987) und die seit November/Dezember 1989 offenen Grenzen zur DDR die Projektion grundsätzlich in Frage stellen oder ob diese auch mit dieser Entwicklung kompatibel ist.

Gliederung

1. Einleitung
2. Szenario-Bildung
3. Wachstum, Produktivität und Beschäftigung
4. Verwendung des Sozialprodukts
5. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts
6. Konsequenzen für den sektoralen Arbeitskräftebedarf
7. Aktuelle Lage und Ergebnisse der vorliegenden Projektion

1. Einleitung

Im Vordergrund der genannten Studie der Prognos AG für das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stehen Fragen der mittel- und langfristigen Entwicklung der Arbeitslandschaft, d.h. von Veränderungen von Tätigkeitsprofilen, von Qualifikations- und Arbeitsplatzanforderungen auf dem Hintergrund oder besser in Wechselwirkung mit einer sich auch zukünftig dynamisch wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft: sich ändernde Werthaltungen, Konsumbedürfnisse, Umwelt-, Energie- und Investitionsanforderungen, internationale Wirtschaftsbeziehungen etc., d. h. sich ändernde Konsum-, Produktions-, Außenhandels- und Verteilungsstrukturen. Zu beantworten waren folgende Fragen:

- welche Veränderungen sind aufgrund von wirtschaftlichen, technischen, politischen, gesellschaftlichen usw. Einflüssen in Zukunft zu erwarten?

- Wie wirken sich diese auf die „Arbeitslandschaft“ und die Höhe und Zusammensetzung der Arbeitskräftenachfrage, d. h. den qualitativen und quantitativen Arbeitskräftebedarf in Zukunft aus?

Entsprechend den vielfältigen Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Einflüssebenen und -faktoren, basiert die Untersuchung auf einem mehrstufigen Analyse- und Prognoseprozeß. Ein Element aus diesem Prozeß stellen die zugrundeliegenden Analysen und Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung, d. h. die Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland dar.

An dieser Stelle sei auf vier Punkte hingewiesen.

1. Die Szenarien wurden Ende Juni 1989 abgeschlossen. Dies bedeutet für Analyse und Prognose den Informationsstand von Juni 1989. Ergebnisse zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) von 1988 wurden, soweit vorhanden, einbezogen und berücksichtigt, obwohl noch „vorläufig“ und daher mit entsprechenden Unsicherheiten behaftet. Für die Arbeitsstättenzählung (AZ) / Volkszählung (VZ) 1987 lagen erste, jedoch noch nicht detaillierte Ergebnisse und Hochrechnungen vor. Die aktuellsten Zahlen für die Analyse der Tätigkeitsstrukturen (nach dem Mikrozensus) entstammen dem Jahr 1985. Neuere Daten waren damals nicht verfügbar. Zwischen offizieller VGR-Erwerbstätigenzahl und AZ/VZ-Zahl für 1987 klafft eine Lücke von rund 1 Mio. Erwerbstätigen. Diese mußte mittels einer Neuschätzung der Erwerbstätigenreihen provisorisch geschlossen werden. Ähnlich groß ist die Differenz auch für die Zahl der Privathaushalte nach Mikrozensus und VZ. Diese ist zumindest bislang noch nicht „schlüssig“ erklärt und damit aufgehoben.

2. Damals, d. h. im Frühsommer 1989, konnte niemand den Zeitpunkt und die vehemente Geschwindigkeit der

*) Lic. rer. pol. Peter Hofer ist Projektleiter bei der Prognos AG im Arbeitsfeld Wirtschaftsanalyse und -prognose. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

Liberalisierung in Osteuropa, vor allem in der Deutschen Demokratischen Republik, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und in Rumänien absehen; auch hat zum damaligen Zeitpunkt wohl niemand mit einer so schnellen Öffnung des Eisernen Vorhangs gerechnet. Mit einer Folge dieser Entwicklung war ein enormer Anstieg der Einwanderungsströme: 1989 wurden 9,6mal so viele Übersiedler aus der DDR und ein Anstieg der Aussiedler um 76% gegenüber 1988 gezählt: 1989 wanderten u.a. 344 000 Übersiedler, 372 000 Aussiedler und 121 000 Asylsuchende zu.

3. Im Vordergrund der Betrachtung steht die mittel- und längerfristige Analyse und Prognose, die eher kurzfristige, d. h. konjunkturrell geprägte Betrachtungsweise tritt demgegenüber deutlich in den Hintergrund. Infolgedessen reicht der Analysezeitraum auch bis 1960 zurück, obwohl in der Untersuchung selbst darauf nicht explizit hingewiesen wird.

4. Die Szenarien basieren auf einem Detaillierungsgrad, der den Rahmen des hier vorliegenden Artikels sprengen würde, wollte man die gesamten zugrundeliegenden Annahmen und Ergebnisse vorstellen: In der Studie wird beispielsweise die Verwendung des Sozialprodukts in 24 Unterpositionen, die Entstehung des Sozialprodukts sogar in 51 Untergruppen (Branchen) dargestellt.

Im folgenden sollen Annahmen und Ergebnisse zu den wirtschaftlichen Szenarien erläutert werden, ohne jedoch auf einzelne Branchenüberlegungen einzugehen.

2. Szenario-Bildung

Grundüberlegungen

Der Entwurf eines langfristigen ökonomischen Referenzszenarios basiert auf einem Set von „exogen“ Rahmenbedingungen:

- der Entwicklung von Bevölkerung und ihrer Altersstruktur, und daraus abgeleitet der Erwerbspersonen, die das Angebot an künftigen Arbeitskräften determinieren;
- der weltwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und deren Folgen für die internationale Arbeitsteilung;
- den wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Entwicklungslinien, der Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft an technologische und strukturelle Veränderungen;
- den wirtschaftspolitischen Grundlinien.

Bevor sich Aussagen über die Perspektiven der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung treffen lassen, ist deshalb zunächst die Vorfrage zu klären, mit welchen übergeordneten Einflüssen im Projektionszeitraum zu rechnen ist.

Nicht in allen Fällen läßt sich die Antwort in präzise Zahlen fassen: Zum einen nicht, weil neben quantitativen Einflüssen auch qualitative Einflüsse eine wichtige Rolle spielen, und zum anderen nicht, weil alternative Entwicklungen möglich erscheinen, denen ggf. mit Sensitivitätsanalysen oder mit alternativen Szenarien für den betreffenden Einflüßbereich Rechnung zu tragen ist.

Bei der Zusammenfassung der denkbaren Alternativen in den übergeordneten Einflüßbereichen zu Gesamtszenarien macht es keinen Sinn, alle Varianten der Teilszenarien nach den Regeln der Kombinatorik miteinander zu verbin-

den. Dies gilt nicht allein wegen der Fülle der resultierenden Kombinationsmöglichkeiten, sondern vor allem auch deshalb, weil sich die einzelnen Varianten der Teilszenarien teils ausschließen, teils ergänzen.

Wir haben deshalb die jeweils als am wahrscheinlichsten einzustufenden Varianten als Ausgangspunkt für das „Referenzszenario“ gewählt und ungünstige Varianten in einem „pessimistischen“ und günstigere Varianten in einem „optimistischen“ Szenario gebündelt (untere bzw. obere Variante).

Demographie

Projektionen der Bevölkerungsentwicklung und daraus abgeleiteter Größen können sich zumindest bei nicht allzu weit in die Zukunft reichenden Vorausschätzungen auf vergleichsweise stabile Trends stützen, was die Determinanten der *natürlichen* Bevölkerungsentwicklung, die Fruchtbarkeit und die Sterblichkeit anbelangt.

Mehr Schwierigkeiten bereitet es, die *Außenwanderungen* zu prognostizieren; denn diese sind einerseits von der Wirtschaftsentwicklung, andererseits von der Ausländergesetzgebung (Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Einbürgerungsmöglichkeiten, Rückwanderungsanreize) und bei Über-/Aussiedlern sogar noch von allgemein politischen Rahmenbedingungen abhängig, die sich nicht nur langfristig, sondern sogar sehr kurzfristig ändern können (wie es die jüngere Vergangenheit eindrücklich vorgeführt hat). Diese haben sowohl eine ökonomische Komponente (relative Wirtschaftsentwicklung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den potentiellen Abgeberländern) als auch eine politische Komponente, etwa bei der Ausländergesetzgebung (Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Einbürgerungsmöglichkeiten, Rückwanderungsanreize) oder im Zusammenhang mit Aus- und Umsiedlungen.

- Bei den in den Szenarien einheitlich behandelten *Außenwanderungen der deutschen Bevölkerung* geht die Studie davon aus, daß zwischen 1988 und 1990 rund 750 000 Deutsche zu- und etwa 190 000 Deutsche fortziehen. Nach 1990 wird mit einem Rückgang der Zuwanderungen (1991-1995: ca. 120 000 p.a., 1996-2000: ca. 80 000 p.a., 2001-2010: ca. 66 000 p.a.) bei etwa konstanten Fortzügen (rund 55 000-60 000 p.a.) gerechnet.

- Bei den *Außenwanderungen von Ausländern* rechnet die Studie in allen Szenarien kurzfristig mit einem Rückgang sowohl der Zuzüge als auch der Fortzüge. Dabei sinken die Zuzugssalden: von rund 140 000 in 1987 auf ca. 90 000 in 1989. Nach 1989 unterscheiden sich die langfristigen Wanderungstendenzen in den einzelnen Szenarien deutlich: Im Referenzszenario wird ein jährlicher Wanderungssaldo von Null ab 1990 zugrunde gelegt, während in der unteren Variante eine jährliche Abwanderung von rund 20 000 Personen unterstellt wird. In der oberen Variante dagegen wird auch über 1990 hinaus mit einem positiven Zuwanderungssaldo gerechnet. (1991-2000: + 390 000). Erst auf sehr lange Frist nach 2005 schlägt der positive Zuzugssaldo ins Negative um.

- Die geplante Integration der EG (EG 1992) wird u.E. keinen wesentlichen „Einwanderungsschub“ für die Bundesrepublik bringen. Zum einen werden in allen europäischen Ländern die jüngeren, wanderungswilligen Einwohner, absolut und relativ gesehen, stark zurückgehen, so daß der „Kampf um den Nachwuchs“ in allen Ländern vergleichsweise stark sein dürfte, was den Anreiz zum Auswandern deutlich reduziert, v.a. bei den qualifizierten

Erwerbspersonen. Für die weniger Qualifizierten aus dem im wesentlichen nichteuropäischen Ausland bieten der deutsche und der gesamteuropäische Markt je länger je weniger Arbeitsplätze, so daß die Zuzugsmöglichkeiten hier auch politisch eher restriktiv gehandhabt werden dürften (Ausnahme: echtes politisches Asyl).

Aus heutiger Sicht sind diese Annahmen zu den Wanderungsgewinnen vor allem von Deutschen und bis 1990 durch die Entwicklung in Osteuropa seit dem Herbst 1989 „revisionsbedürftig“. Bereits 1988 und 1989 waren insgesamt rund 960 000 Aus- und Übersiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen (ohne Ausländer). Der tatsächliche Zugang an deutschen Aus- und Übersiedlern bis und mit 1990 dürfte eher bei 1,2 bis 1,4 Mio. liegen und damit die vorliegende Prognose um 450 000 bis 700 000 übertreffen. Als Konsequenz dürfte die Bevölkerung vorübergehend noch stärker als prognostiziert zunehmen und längerfristig weniger stark rückläufig sein (mit entsprechenden Auswirkungen auf das Erwerbspotential primär in der ersten Phase, da die Mehrzahl der Aus- und Übersiedler überwiegend jünger ist).

Das *Erwerbspersonenpotential* wird grundsätzlich von drei Komponenten bestimmt:

- von der Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (im allgemeinen zwischen 16 und 65 Jahren),
- von der Alters- und Geschlechtsstruktur dieser Bevölkerungsgruppe,
- von der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung bzw. -bereitschaft.

Die beiden ersten Komponenten ergeben sich direkt aus der Bevölkerungsentwicklung; die dritte ist eine Verhaltensgröße und von einer größeren Zahl ökonomischer und gesellschaftlicher Determinanten wie Stellenangebot, Verdienstmöglichkeiten, Ausbildungsverhalten, Geburtenhäufigkeit, Rollenverständnis der Geschlechter u.ä. abhängig.

Die *Erwerbsbeteiligung der Männer* liegt über derjenigen der Frauen und erreicht besonders bei den mittleren Altersgruppen der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 35 und 50 Jahren fast 100%. In der Vergangenheit ergaben sich verhältnismäßig geringe Veränderungen. Auch in Zukunft sind diese Veränderungen vergleichsweise gering.

Die *Erwerbsbeteiligung der Frauen* ist in der Vergangenheit – je nach Altersklasse und Familienstatus unterschiedlich – im Durchschnitt angestiegen, liegt aber immer noch niedriger als in anderen europäischen, vor allem nordeuropäischen Ländern. Als Gründe für den Anstieg werden häufig angeführt:

- der Trend zur persönlichen Selbstbestimmung und materiellen Unabhängigkeit („emanzipatorischer Trend“);
- das gestiegene Berufsbildungsniveau, verbunden mit dem Wunsche, den erlernten Beruf auch auszuüben;
- gesellschaftliche Faktoren wie Rückgang der Geburtenhäufigkeit, Anstieg der Scheidungsquote;
- das wachsende Angebot an Arbeitsplätzen für berufstätige Frauen, insbesondere an Teilzeitarbeitsplätzen, die das Miteinander von Berufstätigkeit und Kindererziehung besser möglich machen;
- die Notwendigkeit, das Haushaltseinkommen bei Arbeitslosigkeit/Kurzarbeit des Ehepartners zu sichern.

Diese Einflüsse werden künftig weiterhin wirksam sein, wenn auch in den einzelnen Altersklassen unterschiedlich ausgeprägt: insgesamt werden die altersspezifischen Frauenerwerbsquoten zukünftig eher steigen.

Quantitative Ergebnisse der Bevölkerungsprognosen

Die künftigen Veränderungen in Zahl und Altersstruktur der Bevölkerung bis 2010 fallen entsprechend den unterschiedlichen Annahmen für die Szenarien auch unterschiedlich aus:

- In der mittleren Variante wächst die Bevölkerung von 61,3 Mio. Ende 1987 zunächst um 0,3 Mio. auf 61,6 Mio. (1995), geht jedoch danach über 61,0 Mio. im Jahr 2000 auf 58,3 Mio. (2010) zurück.

- In der oberen Variante dagegen ist der Anstieg bis 1995 deutlich größer (+ 0,8 Mio.) und der Rückgang nach 1995 deutlich geringer. Im Jahre 2010 beläuft sich nach diesem Szenario die Bevölkerung auf rund 59,3 Mio. (gegenüber 62,1 Mio. in 1995).

- In der unteren Variante dagegen verläuft der Zugang bis 1995 moderater, der Rückgang nach 1995 ist dagegen stärker ausgeprägt als in der mittleren Variante.

Bevölkerungsentwicklung und ihre Verteilung nach Altersgruppen – Jahresende, in 1000

	1987	1995	2000	2005	2010
Bevölkerung m.V.	61 315	61 648	61 047	59 919	58 324
o.V.		62 088	61 763	60 810	59 283
u.V.		61 586	60 881	59 641	57 933
Altersstruktur (%) m.V.					
-14 Jahre	14.6	15.6	15.9	15.1	13.8
15-29 Jahre	24.0	18.5	15.9	15.8	16.7
30-49 Jahre	28.2	30.5	31.9	31.1	28.7
50-64 Jahre	18.0	19.5	19.6	19.3	21.3
65 + Jahre	15.3	15.9	16.7	18.7	19.5

Differenzen in den Summen durch Runden
m.V. mittlere Variante, o.V. obere Variante, u.V. untere Variante
1987 Altersstruktur vorläufig

Die Höhe der künftigen *Erwerbspersonenzahl* beeinflusst zwar die Entwicklung der Arbeitsplatzzahlen und Arbeitsprofile nicht unmittelbar, indirekt gibt es aber gewisse Wechselwirkungen, weil das Arbeitsplatzangebot der Unternehmen nicht unabhängig von den Grundtendenzen im Erwerbspersonenangebot ist.

Zahl der Erwerbspersonen – Jahresende, in 1000

	1986	1995	2000	2005	2010
Erwerbspersonen m.V.	29 530	30 209	29 863	29 328	28 993
o.V.		30 442	30 236	29 789	29 429
u.V.		30 177	29 775	29 183	28 730

Weltwirtschaftlicher Rahmen

Für das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung ist die künftige Ausgestaltung der internationalen Arbeitsteilung von erheblicher Bedeutung. Die Einbindung der Bundesrepublik in die weltwirtschaftliche Entwicklung wird wesentlich von folgenden Faktoren bestimmt:

- von der Ressourcenverfügbarkeit (Energie, Umwelt) und den Energiepreisen,
- vom Umfang und der Häufigkeit von Wechselkursveränderungen,

- von der Ausgestaltung der internationalen Arbeitsteilung im Spannungsfeld wachsender internationaler Abhängigkeiten und protektionistischer Abgrenzungsmaßnahmen,
- von der Lösung der Nord-Süd-Konflikte und der Verschuldung der Entwicklungsländer.

Die weitere Entwicklung bei den *Öl- und damit auch Energiepreisen* basiert auf folgenden Annahmen:

- Zunächst wird der nominelle und der reale Ölpreis auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau von etwa 18-20 US-\$/barrel verharren, d. h. auf bzw. leicht über dem „offiziellen Richtpreis“ von 18 US-\$/barrel und etwa auf dem 1989 zu verzeichnenden Niveau.
- In den 90er Jahren ist dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit wieder mit einem *deutlichen Anstieg der Ölpreise* zu rechnen; dies gilt unabhängig davon, ob die OPEC zerstritten bleibt oder sich zu gemeinsamer Angebotsdisziplin durchringen kann. Allerdings fallen diese Steigerungen geringer aus als bislang angenommen.

Bei den gegenwärtig herrschenden *Wechselkursen* sind die Abweichungen zwischen dem Wechselkursniveau des US-Dollar einerseits und den Kaufkraftparitäten in einzelnen Ländern kleiner als noch 1985, so daß sich von hier ein geringerer Änderungsbedarf ergibt. Für die DM/\$-Relation rechnen wir bis 2000 mit einer gegenüber heute – von den erwähnten Schwankungen abgesehen – weitgehend unveränderten Relation. Die Wechselkursrelation danach wird wesentlich durch das Inflationsdifferential DM/\$ bzw. Deutschland/USA bestimmt: bei einer etwas stabileren DM dürfte die DM/\$-Relation weiter leicht sinken (Höherbewertung der DM).

Eine Reihe von *Risiken für die Weltwirtschaft* lassen deren positive Weiterentwicklung unsicher erscheinen:

- In den Industrieländern werden zumindest auf mittlere Frist die Beschäftigungsprobleme noch anhalten. Dies erhöht die Neigung einzelner Länder zu protektionistischen Maßnahmen.
- Das Verschuldungsproblem der Entwicklungsländer bleibt ungelöst und die Gefahr der Illiquidität einiger hoch verschuldeter Staaten besteht fort. Abgesehen vom Nachfrageausfall fördert dies die Desintegration der Entwicklungsländer und begünstigt politische und finanzwirtschaftliche Instabilitäten; die Diskrepanz zwischen reichen und armen Ländern wächst. (Anmerkung aus heutiger Sicht: dies wird verstärkt durch die derzeitige Konzentration der Wirtschaftshilfe auf Osteuropa.)
- Die USA konnten zwar den inflationären Druck der 70er Jahre brechen, stehen aber aufgrund der weiter sehr prekären Lage der Bundeshaushalte und der Zahlungsbilanz einem politisch schwer lösbaren Dilemma mit erheblichen Inflationsrisiken gegenüber.
- Zusätzliche Risiken ergeben sich aus der weltweiten Verknappung der Umweltressourcen. Solange dieser Verknappung nicht oder nur unzureichend Rechnung getragen wird, nimmt die Gefahr schockartiger Störungen aufgrund unvorhergesehener Umweltereignisse und starker politischer Reaktionen zu. Solche Ereignisse könnten Auswirkungen haben, die die beiden Ölpreisschocks in den 70er Jahren durchaus übersteigen können.

Neben diesen Risiken ergeben sich jedoch auch *eher positive Aspekte* für die weitere Entwicklung:

- Der deutliche Rückgang der Preissteigerungsraten in jüngerer Zeit nicht nur in der Bundesrepublik resultiert nicht aus einer schwachen Nachfrage und nur teilweise aus den stark gefallen Energiepreisen: in der Lohn- und Einkommenspolitik ist allgemein inzwischen mehr Rücksicht auf die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten festzustellen als noch vor wenigen Jahren. Index-Automatiken, die unabhängig von der Ursache von Preissteigerungsraten zu einer Preis-Lohn-Preis-Spirale führten, sind in den meisten Ländern revidiert worden. Für scharfe monetäre Restriktionen wie Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre besteht auf mittlere Frist kaum Anlaß.

- In einer Reihe von Ländern sind Maßnahmen zur Eindämmung des Anstiegs der Staatsausgaben und zur Einnahmesteigerung, d.h. zum Abbau der strukturellen Defizite eingeleitet worden.

- In vielen Entwicklungsländern sind Anpassungsprozesse, nicht zuletzt aufgrund der für weitere Kreditvergaben notwendigen Erfüllung der Währungsfonds-Auflagen, initiiert worden, um den Importbedarf zu senken, die Exportchancen zu verbessern und den Aufbau eigener weiterverarbeitender Industrien möglich zu machen. Für viele Entwicklungsländer wurde dieser Prozeß durch die rückläufigen Ölpreise und Zinsen nachhaltig unterstützt.

- Die sich abzeichnende Realisierung der „EG 1992“ trägt per Saldo insgesamt positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung Europas und der Welt bei. Die positiven Effekte ergeben sich aus Kostensenkungen in Produktion und Vertrieb durch economies of scale, einheitlichere Normen, Wegfall der Grenzabwicklungskosten, innereuropäische Verlagerung zu kostengünstigen Produktionsstätten sowie durch daraus ableitbare sekundäre Effekte (Verbesserung der terms of trade im Außenhandel). Hinzu kommen ausländische Direktinvestitionen in Europa, die über den Innovationsdruck auch die Wirtschafts- und Wachstumsaussichten für die Bundesrepublik eher verbessern dürften.

- Das mit Gorbatschow veränderte Ost-West-Klima sowie die innerhalb der Sowjetunion und in anderen Ländern angestrebte „Öffnung und Erneuerung“ dürften auf längere Frist nicht nur die Abrüstungsdiskussion erleichtern, sondern gleichzeitig auch die Grundlagen für weitere politische und wirtschaftliche Verbesserungen liefern. Dies fördert eine positive wirtschaftliche Grundstimmung für die weitere Entwicklung des Welthandels allgemein und für die Bundesrepublik im besonderen.

Technologische Entwicklungstendenzen

Der technische Fortschritt ist eine der wichtigsten Komponenten des Produktivitätsfortschritts. Der Produktivitätsfortschritt wiederum ist bei gegebenen Ressourcen letztlich die Ursache für das Wachstum einer Wirtschaft. Er wird auch künftig

- zur Entwicklung neuer Produkte führen, die Befriedigung eines sich ändernden Bedarfspektrums ermöglichen und
- eine Verbesserung der Produktionsprozesse in Richtung kostengünstigerer, rohstoff-, energie- und umweltschonender Verfahren bewirken.

Sieht man sich die gegenwärtig im Vordergrund stehenden technischen Entwicklungslinien und ihre wichtigsten Anwendungsfelder an (Hochleistungsoptik, Elektronik/Elektrotechnik, Informationstechnik, Hochleistungsmechanik, Energietechnik, Neue Werkstoffe, Biotechnik,

Sensoren etc.), so wird deutlich, daß von der Vielfalt und dem Entwicklungsstand technischer Entwicklungslinien her gleichermaßen verunsichernde und bremsende wie auch Investitionen und Konsum anregende Einflüsse auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum ausgehen können.

Die Vielfalt sich ergänzender technischer Entwicklungslinien und Anwendungsfelder begünstigt einen relativ *schnellen Verfall* der jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt für ein bestimmtes Unternehmen „optimalen Produktionskonstellation“. Bereits für sich genommen geringfügig erscheinende Neuentwicklungen (z. B. bessere Schmiermittel, andere Werkstoffe) können zu Veränderungen ganzer Produkte und Produktionssysteme führen, weil dadurch bisher unrentable Produkte oder Verfahren rentabel oder unzuverlässige Produkte und Anlagen sicher werden. Damit steigen die Risiken und die Gefahr von Fehlinvestitionen nicht nur im klassischen Investitionsbereich, sondern ebenso bei den vorauslaufenden Forschungsanstrengungen, den notwendigen Bemühungen zur Umschulung oder Beschaffung geeigneter Mitarbeiter und dem Aufbau von Kundenberatungs- und Vertriebsnetzen.

Unter diesen Gesichtspunkten hat die technische Entwicklung zwei im Grunde gegenläufige Einflüsse auf die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums:

- Einerseits erhöht das Angebot an neuen technischen Lösungsmöglichkeiten die *Chancen* der Wirtschaft, sich den neuen Anforderungen an den Produktionsapparat zügig anzupassen.
- Zum anderen erfordert aber die Integration der verschiedensten technischen Entwicklungslinien zu wirtschaftlich anwendbaren Lösungen und ihre Integration in die gewachsenen betrieblichen wie überbetrieblichen Wirtschaftsstrukturen kosten- und zeitaufwendige Umstellungen bei verhältnismäßig *hohen Risiken*.

Auch wenn sich gegenüber der jüngeren Vergangenheit die Grundvoraussetzungen zur Umsetzung technischer Neuerungen eher verbessert haben, so gilt nach wie vor, daß nicht alles, was technisch möglich, auch wünschbar und zugleich machbar ist. Wie rasch die verschiedenen absehbaren technologischen Potentiale genutzt werden, ist von einer Reihe von Faktoren abhängig:

- vom Tempo der wirtschaftlichen Dynamik und dem Nachfragewachstum;
- von der Höhe des Investitionswachstums, d. h. von dem Tempo, mit dem alte Produktionsanlagen durch neue ersetzt oder ergänzt werden;
- von der Intensität des Wettbewerbs, d. h. vom Innovationsdruck;
- von der Angebotsstruktur der Produktionsfaktoren und von ihren Preisverhältnissen;
- von der Bereitschaft der Unternehmen, technisch bedingte Produktivitätsgewinne in den Produktpreisen oder in qualitativen Verbesserungen weiterzugeben;
- von den betrieblichen Realisierungsmöglichkeiten;
- nicht zuletzt auch vom gesamtgesellschaftlichen Konsens in bezug auf den Einsatz neuer Techniken mit zunächst unbekannter Wirkung und unbekanntem Risiken.

Diese Faktoren bedingen sich oft gegenseitig. Der Innovationsdruck, d. h. der Zwang, Kosten zu senken und mit neuen Produkten neue Märkte und neue Abnehmerschichten zu erschließen, wird grundsätzlich bestehen bleiben. Dafür sorgt allein schon der internationale Wettbewerb.

Ein hohes Gewicht haben dabei die *organisatorischen Rah-*

menbedingungen für den Einsatz neuer Techniken, d. h. die Diffusionsprozesse, die von sozialen, organisatorischen, ökonomischen und politischen Interessen gleichermaßen geprägt sind. Relevante Aspekte dabei sind

- die Bewältigung der betriebs- und unternehmensinternen Verschiebungen in der innerbetrieblichen Abstimmung zwischen Produktion, Beschaffung, Verkauf oder Personalwesen, in den Entscheidungsstrukturen, Vertriebsformen oder Kundenbeziehungen;
- die Bewältigung der veränderten Anforderungen an die Sozialpartner und Organisation in der Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Einsatz neuer Techniken, etwa zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen, zur Vermeidung sozialer Belastungen oder zur Verbesserung der Informationsflüsse und der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen unterschiedlicher Größe;
- die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, Verbänden und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft, die starken Einfluß auf den rechtlichen, sozialen aber auch infrastrukturellen und informatorischen Rahmen für die zukünftige Entwicklung nehmen;
- schließlich die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit etwa bei technischen Normen, im Bereich der Qualitätsanforderungen oder der Gesundheits- und Umweltregelungen.

Wirtschaftspolitik

Im Mittelpunkt der Annahmen zur Wirtschaftspolitik stehen Verhaltensweisen des Staates in der Finanzpolitik, der Notenbank in ihrer Geldpolitik und der Tarifparteien in der Lohn- und Einkommenspolitik. Zu den Annahmen der vorliegenden Projektion gehören die folgenden wirtschaftspolitischen Grundlinien:

- Das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft wird in der Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage gestellt.
- Die Tarifautonomie als lohnpolitischer Grundsatz besteht fort.
- Die Hauptverantwortung des Staates im Bereich der Wirtschaftspolitik liegt in der Setzung von Rahmenbedingungen, an die sich Unternehmen und Konsumenten anpassen können.
- Die Bundesbank bleibt im Grundsatz bei der am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Steuerung der Zentralbankgeldmenge.

Entscheidend für die mittel- und langfristige Entwicklung ist dabei, ob insgesamt eher offensive oder eher defensive Strategien verfolgt werden. Als hinreichend plausibel erscheint folgende Bandbreite für die Szenario-Varianten:

1. *Defensive Strategien herrschen vor*, d. h. Probleme werden nicht ernsthaft in Angriff genommen, Lösungen nicht gesucht, sondern „verschoben“. Die Tendenzen zur Polarisierung wachsen und zwar sowohl international (Nord-Süd-, Ost-West-Konflikt) wie auch national (Tarifparteien, politische Parteien, ökologische Auseinandersetzung). Der Ausgleich divergierender Interessen ist immer weniger möglich, der Staat muß zunehmend reglementierend eingreifen, Flexibilität und Problemlösungspotentiale werden geringer, „Lethargie“ dominiert.
2. *Offensive Strategien herrschen vor*, d. h. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gehen den Weg einer bewußten Forcierung des Strukturwandels, nehmen auch Nachteile für einzelne Interessengruppen in Kauf, erleichtern bzw.

federn diese jedoch in gesellschaftspolitischem Gesamtinteresse ab. Der Nord-Süd- wie auch der Ost-West-Konflikt werden im Interesse aller Beteiligten gemeinsam angegangen und einer Lösung zugeführt. Energie- und Umweltproblematik, Wetttrüsten, Integration der Entwicklungsländer in Welthandel und Weltwirtschaft werden in Angriff genommen und gemeinsam einer Lösung nähergebracht.

3. *Gemischte Strategien herrschen vor*, d. h. das Bestreben, offensiv die Probleme anzugehen, ist zwar vorhanden, doch sind Beharrungsvermögen und Widerstände einzelner Interessengruppen gegen neue Lösungen nach wie vor hoch, so daß der Anpassungsprozeß zwar in die richtige Richtung läuft und auch in Gang kommt, jedoch langsamer als beim Realisieren offensiver Strategien. Das Vorherrschen gemischter Strategien ist in der Grundstruktur näher beim Szenario offensive Strategien als beim Szenario defensive Strategien, benötigt jedoch eine deutlich längere Zeitspanne für die Umstrukturierung.

Die unterschiedlichen Strategien führen zu *drei Wirtschaftsszenarien* :

Das *optimistische Szenario*, die obere Variante, ist gekennzeichnet durch folgende Elemente:

- Die durch den Rückgang der Ölpreise deutlich verbesserten Ausgangsbedingungen werden voll genutzt. Der Rückgang der Inflationsraten und der realen Zinssätze sowie die Zunahme der Kaufkraft führen zu einer Beschleunigung des Wachstums in allen Industrieländern bei einem Rückgang der Zahlungsbilanzungleichgewichte.
- Hiervon profitieren die Entwicklungsländer durch die steigende Exportnachfrage und die niedrigeren Zinsen. Sie erhalten mehr finanziellen Spielraum für notwendige Umstrukturierungen ihrer Wirtschaft und für den Schuldendienst.
- Den USA und einigen anderen Industrieländern fällt es in dieser Situation leichter, ihre teilweise gewaltigen Haushaltsdefizite nach und nach abzubauen. Dadurch werden die Inflationspotentiale gemildert, der Druck auf die Realzinsen durch die sinkende Kreditnachfrage der Industrieländer bleibt erhalten, die Wechselkurse zeigen nur geringe Änderungen und Schwankungen um den langfristigen Trend bei vergleichsweise kleinen Inflationsdifferenzialen.
- Die Notwendigkeit zu protektionistischen Maßnahmen ist gering. Das Wirtschaftswachstum erlaubt einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Volkswirtschaften reagieren flexibel auf technischen Wandel und auf Verschiebungen in der Struktur der internationalen Nachfrage.
- Die Bemühungen um Einsparungen bei der Energienachfrage werden trotz vergleichsweise stabiler Preise nicht gelockert, sondern entsprechend der Einsicht ihrer langfristigen Verknappung und zur Umweltschonung forciert fortgesetzt. Dadurch bleibt die Gefahr abrupter Preissprünge und der Aufbau von Ungleichgewichten auf den Energiemärkten gering.
- Vorab einigen sich die Industrieländer, dann aber auch die Entwicklungsländer auf weltweite Initiativen zur Umweltschonung, d. h. Produktionsprozesse, Produkte und Preisstrukturen orientieren sich vermehrt an den Erfordernissen des Umweltschutzes und erschließen damit neue Chancen für den internationalen Güteraustausch.

Unter diesen Bedingungen steigt die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von wirtschaftlichen Entscheidungen auf EG-

Ebene und von internationalen Vereinbarungen ganz erheblich an. Die Möglichkeit nationaler Alleingänge könnte dabei relativ schnell zurückgehen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Akteure in der Bundesrepublik verlagern sich immer stärker auf die Beeinflussung der inter- oder übernationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungen sowie die Anpassung der internen Strukturen an die sich dadurch ergebenden externen Erfordernisse.

Das *pessimistischere Szenario* (untere Variante) geht demgegenüber von folgenden Annahmen aus:

- Grundsätzlich besteht auch hier durch den Rückgang der Ölpreise und der Zinsen ein günstiges ökonomisches Umfeld. Ihre möglichen Impulse werden jedoch nicht genügend genutzt. Industrieländer mit Außenhandels- und Haushaltsdefiziten weichen vom eingeschlagenen Weg der Konsolidierungsstrategie ab; der Abbau der Haushaltsdefizite wird durch die „Anspruchsinflation“ bei rückläufigen Einnahmen erschwert.
- Die geldpolitische Disziplin wird aufgegeben zugunsten einer expansiven monetären Politik. Ein Anstieg der Inflationsraten in den Defizitländern ist die Folge, die Kreditnachfrage erhöht sich, die Zinsen steigen in Erwartung steigender Preise. Daraus ergibt sich ein Zinsgefälle zu den Stabilitätsländern, was zu Kapitaltransfer in die Defizitländer (USA) führt mit entsprechenden Wechselkursreaktionen.
- Steigender Wechselkurs bei gleichzeitig überproportional steigenden Inflationsraten führt zum Aufbau fundamentaler Ungleichgewichte auf den Weltmärkten, zu wachsenden Handelsbilanzdefiziten und Anpassungsproblemen in den betroffenen Ländern. Diese fordern in der Folge protektionistische Maßnahmen mit der Gefahr der Schrumpfung des Welthandels. Die Stetigkeit wirtschaftspolitischen Handelns wird durch kurzfristige stop-and-go-Maßnahmen abgelöst, um die aufgebauten Ungleichgewichte einigermaßen in den Griff zu bekommen.
- Am stärksten betroffen sind in einer solchen Situation die Entwicklungsländer. Der für die ölimportierenden Länder günstige Impuls der niedrigen Ölpreise wird indirekt durch steigende Zinsen und den steigenden Dollarkurs weitgehend zunichte gemacht. Die protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer erhöhen die Schuldenlast der Entwicklungsländer und ihre Liquiditätsprobleme und führen zu einem entsprechenden Kreditbedarf, um die Importe zu finanzieren.
- Im Gegensatz zum optimistischen Szenario werden die Einsparungsbemühungen im Energiebereich nur halbherzig fortgeführt. Bei geringerem internationalen Wirtschaftswachstum steigt die Gefahr erneuter Energiepreissprünge, da die Entkopplung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum nicht gelingt.
- Hinzu kommt, daß aufgrund der ökonomischen Probleme Umweltschutzbelange weltweit vernachlässigt werden. Nationale Alleingänge sind selten bzw. werden nur in dem Umfang eingeleitet, wie sie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht beeinträchtigen. Umweltschocks sind in einer solchen Situation längerfristig nicht auszuschließen. Die dadurch notwendig werdende plötzliche Verschärfung der politischen Auflagen zur Beseitigung von Umweltschäden und zur Vermeidung weiterer Belastungen bringt erhebliche Friktionen mit sich.
- Die Konsequenz ist eine insgesamt deutlich langsamere Zunahme von Welthandel und Weltproduktion, begleitet

von starken zyklischen Schwankungen und binnen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten, hohem Wechselkursanpassungsbedarf an die auseinanderlaufenden länderspezifischen Preisentwicklungen.

In diesem Szenario wird bewußt von einer eingeschränkten Lernfähigkeit und Anpassungsflexibilität ausgegangen, die Bereitschaft internationaler Zusammenarbeit und Koordination wichtiger Politikbereiche bleibt aus, staatsegoistische Handlungsweisen herrschen vor. Die Integration des Europäischen Binnenmarktes gelingt nur begrenzt. Die deutsche Wirtschaftspolitik beschränkt sich aus Überzeugung oder gezwungenermaßen auf ihre an Wirksamkeit dennoch abnehmenden Instrumente.

Das *mittlere Szenario* (mittlere Variante) liegt zwischen den beiden Randszenarien, allerdings deutlich näher beim oberen als beim unteren Szenario. Im einzelnen gilt:

- Das durch niedrige Ölpreise und niedrige Zinsen günstige Umfeld wird weitgehend genutzt. Niedrige Inflationsraten bei weiterhin niedrigem Realzinsniveau und geringerem Wechselkursanpassungsbedarf erhöhen die wirtschaftliche Stabilität in den Industrieländern und erlauben eine leichte Beschleunigung des Wachstums in diesen Ländern. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erreicht zunehmend Erfolge, allerdings mit Einschränkungen: Erhaltungssubventionen haben nach wie vor nicht nur politisch hohes Gewicht.

- Vom höheren Wirtschaftswachstum in den Industrieländern profitieren auch die Entwicklungs- und Anschlußländer durch steigende Exportnachfrage und niedrigere Zinsen. Das Finanzierungsproblem wird durch großzügige Umschuldungen sowie Schuldenerlaß für die ärmsten Entwicklungsländer gemildert. Nach wie vor reißen jedoch erhebliche Rüstungsausgaben weltweit riesige Löcher in die Staatskassen, v.a. auch in den Entwicklungsländern.

- Die teilweise gewaltigen Finanzierungsdefizite in den Staatshaushalten der Industrieländer werden nach und nach relativ abgebaut, so daß diese Handlungsspielraum zurückgewinnen, unproduktive konsumtive Ausgaben (wie Rüstungsgüter) zugunsten von produktiven investiven Ausgaben (Beispiel Bildung und Wissenschaft) umschichten und wieder verstärkt eine vorsorgende Wachstums- und Strukturpolitik betreiben können.

- Der politische und wirtschaftliche Handlungsrahmen in den Industrieländern bleibt auch im Hinblick auf Energiepreise und Umweltprobleme kalkulierbar und stetig. Immer mehr akzeptiert werden bei insgesamt wachsendem Problembewußtsein für die gegenseitigen Abhängigkeiten auch die Wünsche der Rohstoff- und Energiezulieferanten nach einem angemessenen Anteil am Weltwirtschaftswachstum: Energie- und Rohstoffpreise werden mittelfristig wieder steigen, weil weder minimale noch maximale Preise im Interesse aller liegen: Auch hier setzt sich mittel- und langfristig die politische und wirtschaftliche Einsicht durch.

Das gegenwärtige wirtschafts- und finanzpolitische Verhalten der verschiedenen Akteure entspricht weitgehend dieser „mittleren“ Strategie, wie sich besonders in der teils forcierenden, teils zögernden Einstellung auf den EG-Binnenmarkt dokumentiert.

Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Strategien schlagen sich zunächst in der weltwirtschaftlichen Entwicklung nieder und zwar weitgehend unabhängig von den jeweiligen Bemühungen in der Bundesrepublik:

- Unter den Bedingungen der *mittleren Variante*, also bei Vorherrschen gemischter Strategien, kann das Weltwirtschaftswachstum für den Zeitraum 1987/95 auf etwa 3.1% p.a. und für 1995/2000 auf 3.3% p.a. veranschlagt werden. Nach 2000 dürfte das Wachstum wiederum auf etwa 3% zurückgehen. Für den OECD-Bereich betragen die entsprechenden Werte 2.7%, 2.8% und 2.7% p.a.

- Bedingt durch die fortschreitende internationale Arbeitsteilung wird das Wachstum des Welthandels jeweils darüber hinausgehen. Bei noch vorhandenem Protektionismus, der allerdings im Zeitablauf geringer wird, dürfte das Welthandelswachstum bis 1995 etwa 4% p.a., zwischen 1995 und 2000 etwa zwischen 4 und 4.5% p.a. und danach wieder knapp 4% betragen. Damit liegt das Wachstum der Weltex-/importe generell leicht über dem der Jahre 1974/1987 (3.7% p.a.).

- Im Falle *defensiver Strategien* ist für das Weltwirtschaftswachstum ebenso wie für den Welthandel mit einer deutlich ungünstigeren Entwicklung zu rechnen. Im Gesamtzeitraum 1987/2010 dürfte die Weltwirtschaft um weniger als durchschnittlich 2% p.a. wachsen, und die Wachstumsrate des Welthandels dürfte nur zwischen 3 und 3.5% liegen. Überdies ist in der unteren Variante keine Beschleunigung der Wachstumsraten in den 90er Jahren zu erwarten, sondern eine Verlangsamung.

- Im Falle *offensiver Strategien* beleben sich Produktion und Handel weltweit bereits Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre deutlich, und in den 90er Jahren setzt sich diese Entwicklung nochmals leicht beschleunigt fort. Für den Prognosezeitraum im Ganzen sind die Wachstumsraten der Weltwirtschaft auf ca. 3.5% und die des Welthandels auf fast 5% p.a. zu veranschlagen.

In allen drei Varianten ist davon auszugehen, daß die nicht zu den ölexportierenden Ländern zählenden Entwicklungsländer als Exporteure auf den Weltmärkten an Gewicht gewinnen werden, zumal es nicht nur im Interesse dieser Länder selbst, sondern auch im Interesse der Industrieländer liegen muß, daß die hochverschuldeten Länder über Exporte die Devisen verdienen, die sie zur Bedienung der Auslandsschulden benötigen.

Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Strategien und die daraus folgenden Entwicklungsszenarien beeinflussen bereits unmittelbar den Innovationsprozeß und die Diffusionsgeschwindigkeit bei der Anwendung neuer Techniken. Das Ausmaß, in dem Möglichkeiten und Chancen der neuen Techniken genutzt werden oder ihre Anwendung auf wirtschaftliche und politische Risiken und Hemmnisse stößt, hängt entscheidend von den Rahmenbedingungen weltweit und in der Bundesrepublik intern ab:

- In der *mittleren Variante* gehen wir davon aus, daß die wachstumsfördernden Effekte des Einsatzes neuer Techniken die wachstumshemmenden gesamtwirtschaftlich übersteigen, nachdem in den späten 70er und frühen 80er Jahren die wachstumshemmenden eher die Oberhand hatten. Die Konsequenz ist eine relativ hohe Umstrukturierung innerhalb der Wirtschaft.

- Diese Umstrukturierung wird keineswegs geradlinig verlaufen und ist nach wie vor für das einzelne Unternehmen mit erheblichen Risiken verbunden: Die Neuorientierung erfordert den Einsatz von Risikokapital, ein wachsendes Engagement und hohe Qualifikationsbereitschaft sowie ein wieder wachsendes Vertrauen in die Zukunft.

- Im *oberen Szenario* wird diese Umstrukturierungsge-

schwindigkeit noch übertroffen: Eine im Vergleich zum Referenzszenario aktivere Investitionstätigkeit, eine stärkere Nachfragedynamik, eine bessere weltwirtschaftliche Situation etc. lassen die positiven Aspekte noch stärker in den Vordergrund und die Hemmnisse stärker in den Hintergrund treten.

- Im *unteren Szenario* dagegen überwiegen Abwehrstrategien. Konsequenz sind lethargische Investitionstätigkeit, ausgeprägte Technikaversion, ungünstigere Rahmenbedingungen für den Einsatz neuer Produkt- und Prozeßinnovationen.

Für einzelne Politikbereiche in der Bundesrepublik folgen daraus die nachstehenden Annahmen:

- Aufgrund der Wachstumsdynamik und Produktivitäts-Beschäftigungsentwicklung in der oberen und mittleren Variante sind die Verteilungsspielräume groß genug, um harte Verteilungskämpfe zu vermeiden. Die Lohnpolitik orientiert sich am Produktivitätsfortschritt, berücksichtigt auch die Lohnnebenkostenentwicklung und den Wert zunehmender Arbeitszeitverkürzung als Lohnersatzkomponente. Im unteren Szenario dagegen, bei deutlich geringerem Zuwachs des zu verteilenden Volkseinkommens, sind heftige Verteilungskämpfe „vorprogrammiert“, die ihrerseits inflationsfördernd wirken.

- Im mittleren und – noch effizienter – im oberen Szenario besinnt sich die Staatsaktivität zunehmend darauf, Rahmendaten für die Wirtschaft zu setzen, ohne die Reglungsdichte zu erhöhen: Wachstums- und leistungshemmende Faktoren werden abgebaut, überflüssige Gesetze und Verordnungen aufgehoben, die vorhandenen Regelungen stets aufs neue „durchforstet“, ob diese noch zweckadäquat oder bereits überholt sind. In der unteren Variante dagegen sieht sich der Staat zunehmend in die Rolle dessen gedrängt, der für alle aufkommenden Probleme Lösungen anbieten muß: zwangsweise mehr Regelungsbedarf, intensive Eingriffe, mehr ad-hoc-Lösungen, weniger Konzepte und kaum aufeinander abgestimmtes Verhalten.

- Die Finanzpolitik folgt in den nächsten Jahren der in der mittelfristigen Finanzplanung vorgezeichneten Linie. Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraumes bleibt sie vor allem in der mittleren und oberen Variante bei Umschichtungen auf der Einnahmenseite (Entlastung bei direkten Steuern, höhere Belastung bei indirekten Steuern) darauf gerichtet, die Staatsausgaben insgesamt schwächer als das Sozialprodukt steigen zu lassen, so daß in der oberen Variante die Staatsquote deutlich, in der mittleren Variante leicht fällt. Nur in der unteren Variante gelingt dies nicht: hier steigt die Staatsquote weiter an.

- Die Bundesbank bleibt bei der am Wachstum des Produktionspotentials und der unvermeidlichen Preissteigerungen orientierten Steuerung der Zentralbankgeldmenge. Je nach den in den Szenarien unterschiedlichen Bedingungen auf den internationalen Kapital- und Devisenmärkten ist sie dabei allerdings mehr oder weniger erfolgreich: Während die Verfolgung ihrer Ziele im mittleren und oberen Szenario aufgrund relativ ruhiger Weltmärkte vergleichsweise gut gelingt, führen die Verwerfungen und Unruhen beim pessimistischen Szenario zu vergleichsweise großen Fluktuationen der heimischen Zinsen und Inflationsraten.

3. Wachstum, Produktivität und Beschäftigung

Unter den skizzierten Szenariobedingungen erreicht das Wirtschaftswachstum, gemessen am Indikator Bruttonationalprodukt, im Zeitraum 1987/2010 eine Trendrate von 2.7% p.a. in der oberen Variante, von 2.3% p.a. in der mittleren Variante und von 1.5% in der unteren Variante. Dies impliziert in der mittleren Variante das Einschwenken auf einen Wachstumspfad, der deutlich über dem der Jahre 1973/1987 liegt (+ 1.8% p.a.) und der insofern einen zügigen Umstrukturierungsprozeß und die Überwindung der binnenwirtschaftlichen Anpassungsprobleme widerspiegelt. Nur in der unteren Variante gelingt der Umstellungsprozeß unzureichend, so daß in dieser selbst die ex-post-Rate von 1.8% p.a. nicht erreicht wird.

Sowohl in der mittleren als noch mehr in der oberen Variante erwartet die Studie mit zunehmender Überwindung der Strukturanpassungsprobleme ein sich beschleunigendes Wachstum bis zur Jahrtausendwende, danach einen (allerdings primär demographisch bedingten) Rückgang in der Wachstumsrate. In der unteren Variante dagegen verstärken sich aufgrund nicht erfolgter Anpassungsnotwendigkeiten die Probleme mit der Folge weiter rückläufiger Zuwachsraten.

Wachstum des Bruttonationalprodukts, in Preisen von 1980, in % p.a.

	1973/ 1987	1973/ 1980	1980/ 1987	1987/ 2010	1987/ 1995	1995/ 2000	2000/ 2005	2005/ 2010
BSP m.V.	1.8	2.2	1.5	2.3	2.4	2.4	2.2	2.0
o.V.				2.7	2.8	2.9	2.7	2.5
u.V.				1.5	2.1	1.5	1.3	0.9

Entsprechend den unterschiedlichen Wachstumspfaden ergeben sich auch für die zukünftige Produktivitätsentwicklung differenzierte Verläufe.

Dabei ist im Vergleich zu früheren Projektionen, etwa dem prognos report nr. 12, davon auszugehen, daß der angebotsseitige Druck auf die Produktivität (hervorgerufen durch die zunehmende Knappheit an Erwerbsfähigen und -willigen aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen) deutlich später eintreten und deutlich geringer sein wird als bisher unterstellt: Die starken Wanderungsgewinne in 1987/1990 sind dafür verantwortlich, daß das Erwerbspotential zunächst noch weiter steigt, bis über 1995 hinaus auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharrt und erst danach sinkt. Entsprechend geringer ist der Druck in Richtung einer Steigerung der Produktivität.

In der *oberen Variante* sind aufgrund der intensiven Nutzung neuer Techniken und der positiven Gesamtentwicklung vergleichsweise hohe Produktivitätsraten, gemessen als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, möglich (1987/2010: 2.4% p.a.). Dieses Wachstum resultiert aus einem Anstieg der Stundenproduktivität um 3.3% p.a. und einer durchschnittlichen Reduktion der Jahresarbeitszeit von 0.8% p.a. Die Arbeitszeitverkürzung ist dabei außer auf tarifliche Arbeitszeitreduktionen (Jahresurlaub, Wochenarbeitszeit) wesentlich auch auf neue Formen der Arbeitszeitregelungen wie vermehrte Teilzeitarbeit, Job-sharing etc. zurückzuführen. In der *mittleren Variante* rechnet die Studie mit einer Trendrate von rund 2.1% p.a. für die Erwerbstätigenproduktivität, welche sich aus einer Stundenproduktivität von rund 2.8% p.a. und einer Arbeitszeit-

Verkürzung von im Schnitt 0.7% p.a., zu wesentlichen Teilen gleichfalls aufgrund höherer Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und -Organisation, zusammensetzt. Die Trendrate liegt damit niveaumäßig deutlich über den ex-post-Werten der jüngeren Vergangenheit (1973/1987: 1.8% p.a.). Letztere setzt sich allerdings aus zwei recht unterschiedlichen Teilperioden zusammen: 1973/80 mit 2.3% Erwerbstätigen- und 3.3% Stundenproduktivitätswachstum bei einer 1% Arbeitszeitverkürzung p.a. und 1980/87, durch Sondereinflüsse geprägt, mit 1.3% Erwerbstätigen- und 1.9% Stundenproduktivitätszuwachs bei 0.6% Arbeitszeitverkürzung p.a.

Die Sonderfaktoren, die die Produktivität bis Mitte der 80er Jahre im Schnitt gedrückt haben (wie etwa zunehmender Lehrlingsanteil, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen u.a.), verlieren zunehmend an Bedeutung. Einem stärkeren Rückgang der Arbeitszeit steht ein anhaltend hoher Druck des Erwerbspersonenüberangebots auf dem Arbeitsmarkt und eine relativ starke Verschiebung zugunsten der Erwerbstätigkeit in Dienstleistungsbereiche (mit durchschnittlich bereits heute höherem Teilzeitanteil) gegenüber.

In der *unteren Variante* fällt der Anstieg der Stundenproduktivität nicht zuletzt aufgrund der geringeren Investitionstätigkeit in Modernisierung und Umstrukturierung des Produktionsapparates geringer aus (1987/2010: 2.4% p.a.). Allerdings ist die Zuwachsrate der Produktivität in der unteren Variante im Vergleich zum Produktionswachstum deutlich höher als in der mittleren oder oberen Variante: Der anhaltend hohe internationale Konkurrenzdruck erfordert zur Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze ein relativ hohes Produktivitätswachstum. Obwohl obere und untere Variante ein gleiches Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung aufweisen, resultiert diese in der unteren Variante im Gegensatz zur mittleren und oberen Variante in stärkerem Ausmaß aus globalen Ansätzen zur tariflichen Arbeitszeitreduktion. Ebenso steigt die Teilzeitquote nicht primär aufgrund entsprechender Arbeitnehmerinteressen, sondern aufgrund ökonomischer Zwänge: Es werden zunehmend Vollzeit- zugunsten von Teilzeitarbeitsplätzen aufgegeben.

Insgesamt rechnet die Studie mit einem deutlichen Anstieg der Teilzeitquoten, und zwar bei der traditionellen Teilzeitarbeit unter 25 Stunden je Woche zwischen 1987 und 2010 um 35%, wobei in den Szenarien quantitativ kein wesentlicher Unterschied projiziert wird.

Zuwachsraten der Produktivität, in Preisen von 1980, in % p.a.

	1973/	1987/*	1987/	1995/	2000/	2005/
	1987*	2010	1995	2000	2005	2010
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen						
m.V.	1.8	2.1	2.1	2.1	2.1	2.1
o.V.		2.4	2.3	2.5	2.4	2.4
u.V.		1.6	1.9	1.6	1.5	1.4
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde						
m.V.	2.6	2.8	3.0	2.9	2.7	2.5
o.V.		3.2	3.3	3.3	3.1	2.9
u.V.		2.4	2.8	2.5	2.2	2.0

* Stundenproduktivität 1987 aufgrund geschätzter Jahresarbeitsvolumina vorläufig

Als Folge der unterschiedlichen Entwicklung von Wirtschafts- und Produktivitätswachstum resultieren folgende Erwerbstätigenzahlen:

Erwerbstätige im Inland, in Mio.

	1973	1987	1995	2000	2005	2010
Insgesamt m.V.	27,0	27,0	27,6	28,0	28,1	28,0
o.V.			28,1	28,7	29,0	29,0
u.V.			27,4	27,4	27,1	26,5

In der mittleren Variante nimmt die Erwerbstätigenzahl bis etwa 2000 deutlich zu, danach nur noch leicht und zwischen 2005/2010 geht sie sogar leicht zurück. Ursache hierfür ist ein im Zeitablauf zunächst stabiles, dann abnehmendes Wachstumsdifferential zwischen Produktions- und Produktivitätswachstum. Dagegen liegt in der unteren Variante das Produktionswachstum 1987/1995 über dem Produktivitätswachstum, in den anderen Prognoseperioden dagegen darunter. Als Konsequenz steigt die Zahl der Erwerbstätigen bis 1995, nimmt dann jedoch zunächst leicht, dann stärker ab. In der oberen Variante dagegen erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen mittel- und längerfristig stärker als in der mittleren Variante an: Das höhere Wirtschaftswachstum ermöglicht trotz höherer Stundenproduktivität bei zugleich stärkerer durchschnittlicher Arbeitszeitverkürzung mehr Beschäftigung.

Die globalen Eckwerte der Erwerbspersonenprojektion einerseits und der globalen Wirtschaftsprojektion andererseits führen damit zu unterschiedlichen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt.

- In allen drei Varianten ist mit einem bevölkerungsbedingten Rückgang der nichterwerbstätigen Arbeitslosen (inkl. Stille Reserve) zu rechnen.
- In der mittleren und besonders in der oberen Variante steigt zusätzlich die Zahl der benötigten Erwerbstätigen, so daß auch von dieser Seite spätestens Anfang des nächsten Jahrtausends mit Rückwirkungen auf das Einstellungs- und Beschäftigungsverhalten der Unternehmen zu rechnen ist.

Insgesamt ist daher eine zunehmende Entspannung der Arbeitsmarktsituation zu erwarten, die im Falle der mittleren und stärker noch in der oberen Variante nach der Jahrtausendwende sogar in Engpässe besonders bei den qualifizierteren Arbeitskräften umschlagen kann.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Privater Verbrauch

Der *Private Verbrauch* ist das größte Aggregat der Sozialproduktverwendung. Sein Anteil betrug 1987 in der Realrechnung 57% des Sozialprodukts. Konsequenz dieses hohen Gewichts ist, daß Änderungen der Konsumneigung die langfristige wirtschaftliche Entwicklung wesentlich determinieren: letztlich ist der Konsum Ziel aller Produktionsprozesse.

Neben dem Gesamttaggregat sind die Verlagerungen zwischen den Verbrauchskategorien von Bedeutung, da hier von Richtung und Ausmaß des industriellen und gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels abhängen.

Langfristige Prognosen des Privaten Verbrauchs stützen

sich auf die vier wichtigsten Bestimmungsfaktoren der Nachfrageentwicklung:

- die Entwicklung der Zahl der Bedarfsträger (Bevölkerung, Haushalte) und deren Altersstruktur,
- die Entwicklung des verfügbaren Einkommens (vor und nach den Einkommensumverteilungen),
- das bisher erreichte Versorgungsniveau und
- mögliche Verschiebungen in den Prioritäten der Einkommensverwendung.

Das verfügbare Einkommen wird entweder zu Konsumzwecken oder zum Sparen verwendet. Bezogen auf das verfügbare Einkommen ist auf lange Sicht von einem Anstieg der Konsumquote (Rückgang der Sparquote) auszugehen:

- Das Zwecksparen der Privaten Haushalte nimmt eher ab. Eine hohe Wohnungsversorgung, die geringere Kinderzahl und generell das hohe Ausstattungsniveau der Privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern z. B. Autos, Haushaltsgeräten etc. wirken tendenziell dämpfend auf die Sparquote.

- Die strukturellen Verschiebungen in der personellen Einkommensverteilung haben tendenziell negative Effekte auf die durchschnittliche Sparquote. Dies erklärt sich aus dem deutlichen Anstieg der Alterseinkommen (Renten, Pensionen) am gesamten verfügbaren Einkommen. Die Sparquote der Rentenhaushalte liegt erfahrungsgemäß niedriger als diejenige der Erwerbstätigenhaushalte.

Dieser Anstieg ist in der mittleren und oberen Variante ausgeprägter als in der unteren Variante: die reale Konsumquote (Privater Verbrauch/Bruttosozialprodukt) liegt in 2010 in der mittleren Variante bei 56.8%, in der oberen bei 55.9% und in der unteren bei 58.3%. Absolut betrachtet wird jedoch in der oberen Variante 9% mehr, in der unteren Variante dagegen um 13% weniger konsumiert als in der mittleren Variante.

Für die Struktur des Privaten Verbrauchs ergeben sich zusammengefaßt folgende Tendenzen:

- Der Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln und die Ausgaben für Kleidung und Schuhe werden auch zukünftig nur unterdurchschnittlich am Wachstum partizipieren.

- Bei den Ausgaben für Wohnungsmieten (einschließlich der unterstellten Mietwerte von Eigentümerwohnungen) wirkt sich trotz hoher Einkommenselastizität langfristig der Rückgang der Haushaltszahlen dämpfend aus.

- Die Verbrauchsausgaben für Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser werden wie schon in der jüngeren Vergangenheit nur noch geringe Zuwachsraten aufweisen (Reduktion des spezifischen Heizwärmebedarfs durch bewußtes Energiesparen, verbesserte Wärmedämmung, verändertes Verhalten, langfristig steigende Energiepreise). Bei den Haushaltsgeräten schlägt sich der technische Fortschritt stärker im niedrigeren Stromverbrauch neuer Geräte und im Durchschnittsverbrauch des Bestandes nieder.

- Die Ausgaben für Haushaltsführung, Verkehr und Nachrichten werden leicht überdurchschnittlich steigen. Bei langlebigen Gebrauchsgütern wird das Wachstum wesentlich vom Anstieg der Qualitätsanforderungen an die Geräte und durch neue Geräte / Produkte getragen. Im Verkehrsbereich wirken nach 2000 stagnierender Kraftfahrzeugbestand und spezifische Treibstoffeinsparungen in Verbindung mit leicht rückläufigen durchschnittlichen

Fahrleistungen Verbrauchs- und damit cet. par. ausgabemindernd. Dafür steigen die realen Fahrzeugpreise und -kosten und die mit zunehmender Freizeit steigende Mobilität und Reiseintensität weiter an. Ausschlaggebend für die besondere Dynamik im Nachrichtenbereich sind die zunehmende Verbreitung neuer Informationstechniken, deren relativ sinkende Preise und der damit verbundene Aufbau neuer Dienstleistungen.

- Die Ausgaben für die Gesundheitspflege werden aufgrund ihrer hohen Einkommenselastizität überproportional zunehmen, z.T. Folge der Verschiebungen in der Altersstruktur, des noch zunehmenden Gesundheitsbewußtseins und der Tendenz zur Einschränkung des Umfangs öffentlich garantierter Gesundheitsleistungen.

- In einer ähnlichen Wechselbeziehung zu Angeboten des öffentlichen Bereichs stehen auch die privaten Ausgaben für Bildung, Kultur und Unterhaltung. Auch sie sind sehr einkommenselastisch und werden künftig eine deutlich überproportionale Ausgabendynamik aufweisen.

- Wachsende Anteile des privaten Verbrauchs werden nach wie vor die Ausgaben für die persönliche Ausstattung und für Reisen ins Ausland verbuchen können. Beide Ausgabekategorien sind sehr einkommensabhängig. Zunehmende Freizeit, mehrfache Urlaubs(kurz)reisen sind entsprechende Stichworte.

Staatsverbrauch

Der *Staatsverbrauch* stellt den Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage dar, der auf die Gebietskörperschaften sowie die Sozialversicherungsträger entfällt. Die Komponenten des Staatsverbrauchs sind die an die öffentlichen Bediensteten gezahlten Löhne und Gehälter und die Nettokäufe des Staates für die laufende Produktion, die sich saldieren aus den staatlichen Käufen und Verkäufen von Gütern und Diensten.

Bis Anfang der 80er hat sich der reale Staatsverbrauch im jährlichen Durchschnitt überproportional, danach unterproportional entwickelt:

- 1960/73 betrug das Wachstumsdifferential auf das Sozialprodukt 0.1 Prozentpunkte, 1973/87 0.3 Prozentpunkte. Damit erhöhte sich sowohl in der Real- wie auch der Nominalrechnung der Staatsanteil an der Gesamtnachfrage bis 1980 stetig, wobei wegen der beim Staat höheren Inflationsrate der Nominal-Anteil vor allem zwischen 1960 und 1973 deutlich schneller stieg als in der Realrechnung.

- Anfang der 80er Jahre begann eine Neuorientierung in der Haushaltspolitik aller staatlichen Träger. Sie war die notwendige Konsequenz der entstandenen finanziellen Engpässe. Dies führte im ersten Schritt zu einer Anpassung der Ausgabensteigerungen an den im Zuge des schwächeren gesamtwirtschaftlichen Wachstums geringeren Einnahmestieg. In der Folge stiegen die Staatsausgaben zwischen 1980 und 1987 nur noch unterdurchschnittlich: das Wachstumsdifferential (bezogen) auf das Bruttosozialprodukt lag bei -0.1 Prozentpunkten.

Die Einschätzung der künftigen Entwicklung des Staatsverbrauchs ist grundsätzlich schwierig, da der öffentlichen Hand trotz haushaltsrechtlicher Regelungen und der erforderlichen Beachtung ökonomischer Zusammenhänge Gestaltungsspielräume verbleiben, die je nach politischer Grundauffassung über die Aufgaben des Staates mehr oder weniger ausgeschöpft werden. Wir haben versucht, den

künftigen (objektiv nicht bestimmbar) Bedarf an öffentlichen Leistungen anhand folgender Kriterien abzuleiten:

- an der Entwicklung der Bedarfsträger für die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen, also der Bevölkerung, der Privaten Haushalte bzw. ihrer relevanten Altersgruppen;
- an den sich verändernden Ansprüchen an Versorgungsintensität und Qualität bei den jeweiligen Dienstleistungen des Staates.

Hinzu kommt die Berücksichtigung neuer oder veränderter Aufgabengebiete z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes oder der Energiepolitik.

Außerdem wird als Nebenbedingung verlangt, daß die Gebietskörperschaften hinsichtlich ihrer Nettoneuverschuldung eine bestimmte Quote am Bruttosozialprodukt nicht überschreiten und gegebenenfalls entsprechende Einschränkungen im Staatsverbrauch vornehmen.

Die Bevölkerungsentwicklung und ihre Strukturverschiebungen werden sich auf den Bedarf an staatlichen Leistungen jedoch unterschiedlich auswirken:

- Grundsätzlich hat der langfristige Rückgang der Bevölkerung einen entlastenden Effekt auf den Bedarf an öffentlichen Leistungen, der jedoch in den einzelnen Aufgabebereichen durch strukturelle Verschiebungen verstärkt bzw. abgemindert oder gar überkompensiert werden kann.
- Der starke Rückgang bei den unter 25jährigen wird sich bei den Ausgaben für das Unterrichtswesen bemerkbar machen, insbesondere wenn die Bemühungen zur Verkürzung der Ausbildungszeiten durchsetzbar werden. Allerdings gehen wir davon aus, daß vor dem Hintergrund der steigenden Anforderungen infolge des technischen Wandels eine Intensivierung und Qualitätsverbesserung der Ausbildungsleistungen teilweise kompensierend wirken. Daneben erfordert dies den Aufbau von Weiterbildungskapazitäten, der auf lange Sicht nicht allein dem privaten Sektor überlassen werden kann.
- Ähnliches gilt für den Bereich der sozialen Sicherung, bei dem aufgrund des Rückgangs der Arbeitslosigkeit entlastende, aufgrund der Überalterung der Bevölkerung ausgabenerhöhende Effekte auftreten werden.

Im Ergebnis rechnen wir mit einem leichten Anteilsrückgang des Staatsverbrauchs am BSP von gegenwärtig ca. 20% auf 19% in 2010. Im oberen Szenario ist der Rückgang deutlicher (auf 18%), im unteren Szenario dagegen ist kein Rückgang vorhanden (Verharren bei etwa 20%). Dies hat verschiedene Gründe:

- Der Bedarf an öffentlichen Leistungen unterscheidet sich im Unterrichts- wie im Gesundheitswesen zwischen den Szenarien nicht wesentlich voneinander, macht also im unteren Szenario in Relation zum wesentlich niedrigen Niveau des BSP einen entsprechend höheren und im oberen Szenario einen entsprechend geringeren Anteil aus.
- In der Bruttowertschöpfung des Staates sind auch die unterstellten Sozialbeiträge für die Alterssicherung der Beamten enthalten. Diese werden jedoch überproportional ansteigen und im unteren Szenario nicht entsprechend der geringeren Wirtschaftsentwicklung niedriger liegen.

Investitionen

Mittel- und längerfristig gesehen determinieren die *Investitionen* das Wachstumspotential einer Ökonomie. Die Höhe

und Struktur der Bruttoanlageinvestitionen entscheidet darüber,

- welche Technik in der gesamtwirtschaftlichen Produktion angewandt wird,
- welche Arbeitskräfte mittel- und langfristig benötigt werden,
- welche Güter und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft produziert und angeboten werden.

Im Unternehmensbereich sind Investitionen darauf ausgerichtet, den Kapitalstock zu erneuern und ihn den sich ändernden Nachfrage- und Produktionsbedingungen anzupassen. Folgende Aspekte sind dabei wichtig:

- Die Erwartungen der Unternehmen für den Absatz ihrer Produkte und Dienstleistungen im In- oder Ausland,
- die gegenwärtige und künftig erwartete Kostensituation, und zwar nicht nur im Lohnkostenbereich, sondern ebenso auch bei Kapitalkosten und Vorleistungsprodukten (z. B. Energie, Umwelt),
- die technischen Potentiale, die sich zum einen im Zuge neuer technischer Erkenntnisse verändern, zum anderen aber auch aufgrund neuer Kosten-/Absatzbedingungen in unterschiedlichem Maße vorteilhaft werden (wie in den 70er Jahren aufgrund der Energiepreisseteigerungen),
- schließlich die Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der Risikoeinschätzung künftiger Investitionen und der organisatorisch-institutionellen Bedingungen der Kapitalbeschaffung.

Ausgehend von den eingangs skizzierten Annahmen sind die Bedingungen für die Wachstumsdynamik der Ausrüstungen in den Szenarien unterschiedlich. Dies gilt sowohl für die Nachfrageseite (Absatz-, Wettbewerbsbedingungen) als auch für die Kosten- und Angebotsseite hinsichtlich der Faktorpreisrelationen, der Flexibilität in der Anpassung auf Preisstrukturänderungen und den sich daraus ableitenden Gewinnerwartungen und Finanzierungsbedingungen:

- Im mittleren und oberen Szenario steigt die Investitionsquote leicht bzw. kräftig an, im unteren Szenario geht sie zurück.
- Deutlicher fallen die Unterschiede bei den Ausrüstungen aus: hier steigt die Ausrüstungsinvestitionsquote im mittleren und vor allem im oberen Szenario um 3.3 bzw. 3.8 Prozentpunkte, während im unteren Szenario nur eine Erhöhung um 1.6 Prozentpunkte erreicht wird (von 8.6 auf 10.2%).
- Der Nichtwohnbau-Bereich (Wirtschaftsbau, staatliche Bauinvestitionen) weist in allen Szenarien einen überproportionalen Anstieg auf, am stärksten dabei im oberen Szenario: von 6.3 auf 7.4% des Sozialproduktes. Ursächlich für diesen Anstieg ist das zu erwartende überproportionale Ansteigen staatlicher Bauinvestitionen vor allem für die Modernisierung der Infrastruktur, aber auch die im Zusammenhang mit der starken Ausrüstungsinvestitionstätigkeit notwendige Modernisierung der baulichen Produktions- und Verwaltungsanlagen.

Anders stellt sich die künftige Entwicklung bei den Wohnungsbauinvestitionen dar. Während sie im Kurzfristverlauf besonders ausgeprägte zyklische Schwankungen in Abhängigkeit von Zinsänderungen und Baupreisen aufweisen, spielen auf längere Sicht andere Determinanten die entscheidende Rolle:

- der zusätzliche Wohnungsbedarf bzw. der Bedarf an Instandsetzungen und Modernisierungen bestehender

Wohnungen, wie er sich aus der Entwicklung der Haushalts- und Bevölkerungszahl auf der einen Seite und dem verfügbaren Wohnungsbestand auf der anderen Seite ergibt;

- die Kostenentwicklung für die Beschaffung von Wohnraum in Relation zum verfügbaren Einkommen der Haushalte und dem sich daraus ergebenden Finanzierungsrahmen der Haushalte für die Miete oder die Beschaffung von Wohneigentum;
- die Ansprüche der Haushalte an ihren Wohnraum, und zwar sowohl hinsichtlich der Wohnungsgröße als auch der Ausstattung.

Von entscheidender Bedeutung ist von der Bedarfsseite her bei einem Zeitraum von 25 Jahren die Veränderung der Zahl der Privathaushalte. Ausgehend von dem zu erwartenden Rückgang der Haushalte nach 2000 und dem bereits heute bestehenden hohen Versorgungsgrad – trotz derzeitiger Engpässe auf regionalen Märkten bei gleichzeitig hohen Leerwohnungsbeständen an vor allem teuren Wohnungen – ist bereits im Laufe der 90er Jahre mit einer Stagnation der realen Wohnbauinvestitionen zu rechnen. Der Neubaubedarf sinkt kontinuierlich ab. Gewisse kompensierende Effekte ergeben sich durch die steigende Qualität der Wohnungen (d. h. steigender durchschnittlicher Realwert je neu gebaute Wohnung sowohl aufgrund der Wohnungsgröße als auch der Ausstattung), den Ersatz qualitativ ungenügender Wohneinheiten, die Zusammenlegungen und Zweckentfremdungen und den Modernisierungsbedarf erhaltenswerter Wohnbausubstanz.

Insgesamt ist jedoch für alle Szenarien längerfristig mit abnehmenden realen Investitionsquoten im Wohnungsbau zu rechnen, im oberen Szenario schwächer als im mittleren und unteren Szenario.

Die künftige Entwicklung der *öffentlichen Investitionen* (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, wobei die Ausrüstungen nur einen kleinen Teil ausmachen) hängt längerfristig ähnlich wie der Staatsverbrauch von zwei Determinanten ab:

- von der Entwicklung und Struktur der Bevölkerung, deren artikuliertem Bedarf an öffentlichen Einrichtungen zur Verbesserung und Sicherung der Lebensqualität und dem sich hieraus ergebenden Nachhol- und Zusatzbedarf;
- von den Finanzierungsspielräumen für die notwendig erscheinenden Investitionen, die in Konkurrenz zum öffentlichen Verbrauch bzw. zu den konsumtiven Ausgaben bei gegebenem Einnahmenvolumen bzw. gegebenen Verschuldungsgrenzen stehen.

Differenziert man zwischen einzelnen Aufgabenbereichen, dann ist offensichtlich, daß aufgrund der strukturellen Veränderungen in der Bevölkerung der Bedarf an zusätzlichen Schulen und Hochschulen auf niedrigem Niveau verbleiben dürfte. Ähnliches gilt auch für den Neubaubedarf an öffentlichen Krankenhäusern; jedoch wird hier der strukturelle Effekt der Zunahme der älteren Bevölkerung im Nachsorge- und im pflegerischen Bereich die Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten notwendig machen. Im Straßenbau wird sich der Investitionsbedarf im wesentlichen auf Ersatzinvestitionen und die Beseitigung von Engpässen und Unfallschwerpunkten beschränken.

Dem gegenüber steht ein Nachholbedarf zur Verbesserung der Versorgungsintensität und -qualität in anderen Bereichen: aufgrund der eingeschränkten öffentlichen Investitionstätigkeit in den 80er Jahren sind notwendige Ersatzin-

vestitionen unterblieben und müssen künftig nachgeholt werden. Allein für den Ersatzbedarf zur Erhaltung der vorhandenen Infrastrukturbestände, der Gebäude, Versorgungsleitungen oder Kanalisationsanlagen müßten etwa 1 bis 2% des in öffentlichen Anlagen investierten Kapitals laufend reinvestiert werden, wenn man eine Lebensdauer der Anlagen von 50 bis 100 Jahren unterstellt und die laufenden Preissteigerungen außer acht läßt. Die Höhe der gegenwärtig tatsächlich durchgeführten Ersatzinvestitionen wird dagegen auf lediglich 0.4% geschätzt. Ein Bedarfszuwachs über die Qualitätsverbesserungen im bisherigen Angebot hinaus ist im Zusammenhang mit den Aufgabebereichen Stadt- und Landesplanung, Erholung und Kultur sowie Wirtschaftsförderung zu erwarten. Neben städtebaulichen und kommunalpolitischen Gesichtspunkten spielen hier gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Aspekte eine Rolle:

- z. B. im Umweltbereich aufgrund wachsender, heute erst ansatzweise absehbarer Umweltprobleme (z. B. Altlasten, Entsorgungsaufgaben),
- durch Bedarfsverschiebungen (im Verkehrssektor und im Freizeitbereich) hin zu umweltfreundlicheren und energiesparenden öffentlichen Nah- und Fernverkehrformen,
- im Forschungs- und Weiterbildungsbereich aufgrund der künftigen technologischen Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitskräfte.

Die prognostizierten Investitionsquoten führen in den Szenarien zu einer sich nur wenig ändernden Kapitalproduktivität des Anlagevermögens. Im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung einer stetig fallenden Kapitalproduktivität wird hier ein Trend gestoppt bzw. für den Wohnungsbau im mittleren und oberen Szenario sogar umgedreht, weil

1. die zunehmende Flexibilität des Kapitals auch kapitalsparenden technischen Fortschritt verspricht,
2. die zunehmende Flexibilität der Arbeitskräfte und der steigende Kapitalbedarf pro Arbeitsplatz eine zunehmende Auslastung des vorhandenen Kapitalapparates ermöglicht bzw. erfordert, mithin das Produktionspotential ohne zusätzliche Investitionen ausgeweitet werden kann.

Ohne Flexibilität von Arbeit und Kapital müßten die Investitionen deutlich stärker steigen, um das prognostizierte Nachfragewachstum auch produktionspotentialmäßig decken zu können.

Die Grundannahmen für die Entwicklung des Welthandels und damit auch für die *Export-/Importsituation* der Bundesrepublik wurden bereits eingangs ausführlich dargestellt.

Grundsätzlich gilt für die Szenarien, daß das Import- und Exportwachstum dasjenige der inländischen Nachfrage bzw. des Bruttosozialprodukts deutlich übertreffen wird. Dies wirkt sich in einem kontinuierlichen Anstieg der Export- und Importquoten aus.

Bezüglich des zeitlichen Verlaufs der Exporte gehen wir davon aus, daß vor allem in den ersten beiden Perioden noch beachtliche Steigerungsraten der Exporte erzielt werden können, die in etwa dem Durchschnitt der Zuwachsraten der übrigen Industrieländer entsprechen. Danach werden sie sich sukzessive abschwächen; dies ergibt sich im wesentlichen daraus, daß die Exportquoten in einzelnen Wirtschaftszweigen dann ein Niveau erreicht haben werden, das nur noch schwer ausgeweitet werden kann.

Investitionsquoten (Investitionen/Bruttosozialprodukt) in Preisen von 1980

in %		1987	1988	1989	1995	2000	2005	2010
Bruttoanlageinvestitionen (ohne Lagerbestands- veränderungen)	m.V.	20.2	20.5	21.2	21.1	21.3	21.7	22.2
	o.V.				21.4	22.0	22.7	23.6
	u.V.				20.8	20.7	20.3	20.1
Ausrüstungen	m.V.	8.6	8.9	9.4	9.7	10.4	11.9	11.9
	o.V.				9.8	10.6	11.4	12.4
	u.V.				9.5	9.8	10.0	10.2
Nichtwohnbau	m.V.	6.3	6.4		6.4	6.4	6.6	6.8
	o.V.				6.5	6.7	7.0	7.4
	u.V.				6.4	6.5	6.5	6.5
Wohnbau	m.V.	5.3	5.3	11.8	5.1	4.5	4.0	3.4
	o.V.				5.1	4.7	4.3	3.9
	u.V.				4.9	4.4	3.9	3.4

Gleichzeitig verlieren die Warenexporte zugunsten der Dienstleistungsexporte Anteile. Die mit zunehmendem zeitlichen Horizont fallenden Wachstumsraten der Importe und Exporte werden dabei auch durch den gemeinsamen Markt nicht verhindert, sondern allenfalls verzögert. Wenn die Exportquote, bezogen auf den Umsatz einer Branche, weit über 50% beträgt und gegen 100% tendiert, so birgt dies die Risiken einer totalen Auslandsabhängigkeit, die Unternehmen zwar auf kleinen Märkten (als spezialisierte

Monopolisten) eingehen (können), multinational operierende Unternehmen, welche zunehmend das Wirtschaftsgeschehen prägen, jedoch vermeiden, weil sie Wert darauf legen (müssen), nicht nur international zu verkaufen, sondern auch zu produzieren.

Für das Importwachstum ergibt sich insgesamt eine etwa parallele Entwicklung. Zu konstanten Preisen gemessen liegt der Zuwachs der Importe immer leicht über dem der

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten im Überblick

Jährliche Veränderungen in %, konstante Preise

		1973*/ 1980	1973*/ 1987	1987/ 1995	1995/ 2000	2000/ 2005	2005/ 2010	1987/ 2010
Welthandel	m.V.	4.4	3.9	4.0	4.2	4.0	3.8	4.0
	o.V.			4.6	5.0	5.2	4.5	4.8
	u.V.			3.5	3.5	3.0	2.8	3.2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	m.V.	2.4	1.9	2.4	2.4	2.2	2.0	2.3
	o.V.			2.8	2.9	2.7	2.4	2.2
	u.V.			2.1	1.5	1.3	0.9	1.5
Produktivität (BIP) je Erwerbstätigen	m.V.	2.4	1.9	2.1	2.1	2.1	2.1	2.1
	o.V.			2.3	2.5	2.4	2.4	2.4
	u.V.			1.9	1.6	1.5	1.4	1.6
Privater Verbrauch	m.V.	3.0	2.3	2.5	2.5	2.2	1.9	2.3
	o.V.			2.8	2.9	2.6	2.4	2.7
	u.V.			2.2	1.8	1.4	1.1	1.7
Staatsverbrauch	m.V.	2.9	2.2	1.9	2.3	2.1	1.9	2.1
	o.V.			2.2	2.5	2.3	2.0	2.3
	u.V.			1.8	1.6	1.3	1.0	1.5
Bruttoinvestitionen	m.V.	1.4	0.4	3.4	2.5	2.5	2.5	2.8
	o.V.			4.0	3.3	3.3	3.3	3.5
	u.V.			2.9	1.3	1.0	0.8	1.7
Exporte	m.V.	4.3	4.1	3.7	3.3	3.0	2.8	3.3
	o.V.			4.0	3.8	3.4	3.1	3.6
	u.V.			3.4	2.9	2.5	2.1	2.8
Importe	m.V.	5.1	3.7	4.2	3.6	3.1	2.9	3.6
	o.V.			4.5	3.9	3.5	3.4	3.9
	u.V.			4.1	3.3	2.5	2.2	3.2
Erwerbstätige im Inland (JD)	m.V.	0.0	0.1	0.3	0.2	0.1	-0.1	0.2
	o.V.			0.5	0.4	0.2	0.0	0.3
	u.V.			0.2	0.0	-0.2	-0.5	-0.1

1973* = Durchschnitt aus 1972–1974

JD = Jahresdurchschnitt

Exporte, so daß die Exportüberschüsse zumindest langfristig ständig kleiner werden. Da außerdem die Importpreise schneller als die Exportpreise steigen, reduzieren sich auch die Leistungsbilanzüberschüsse ständig. Die Struktur der Importe wird sich ähnlich derjenigen der Exporte verschieben. Die internationale Kapitalverflechtung und die Veränderungen in den Strukturen der internationalen Arbeitsteilung sind Stichworte für die Zunahme der Bedeutung des Außenhandels im Dienstleistungsbereich und – in Verbindung mit Direktinvestitionen – auch für die wechselseitigen Einkommensströme.

5. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts

Im folgenden werden wir kurz die wichtigsten Entwicklungslinien auf der Entstehungsseite des Sozialproduktes darstellen, ohne jedoch auf die einzelnen Sektoren detailliert einzugehen, wobei wir uns auf die mittlere Variante beschränken wollen.

Von der Entstehungsseite des Sozialproduktes her gesehen werden die bereits in der Vergangenheit beobachtbaren Entwicklungstendenzen des sektoralen Strukturwandels anhalten.

Primärsektor

Der Anteil der *Landwirtschaft* am Bruttoinlandsprodukt nimmt ab. Der Sektor *Energie- und Wasserversorgung* erreicht gleichfalls nur ein unterproportionales Wachstum, das zum überwiegenden Teil aus Umschichtungen zugunsten wertschöpfungsintensiver (qualitativ hochwertiger) Energie wie Strom und Erdgas und aus einem relativ starken Wachstum der Wasserwirtschaft (reale Verteuerung aus Umweltgründen) resultiert.

Im *Bergbau* wird sich die Tendenz einer allmählichen Förderreduktion im Steinkohlebereich fortsetzen. Auch die Braunkohleförderung sinkt.

Verarbeitendes Gewerbe

In allen hochentwickelten Industrienationen zeigt sich, daß der Anteil der Dienstleistungsbereiche sowohl gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen als auch gemessen an der Wertschöpfung deutlich an Bedeutung gewinnt. Diese Entwicklung wird in Anlehnung an Bell oft als Entwicklung in die postindustrielle Gesellschaft charakterisiert. Diese Charakterisierung der künftigen Arbeitsplatzstruktur wurde zeitweilig irreführend dahingehend interpretiert, daß die Gesellschaft immer mehr auf das Verarbeitende Gewerbe verzichten könne, ebenso wie die Industriegesellschaft nach dem Übergang von der Agrargesellschaft immer stärker auf die landwirtschaftliche Produktion verzichtet habe.

Tatsächlich zeigt aber der Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft und ebenso gegenwärtig der „Übergang“ von der Industriegesellschaft zur *Dienstleistungsgesellschaft*,

- daß sich in der Gesamtwirtschaft zwar im Zuge des wachsenden Wohlstandes die Gewichte zwischen den Sektoren verschieben,
- daß damit aber keineswegs eine absolute Schrumpfung des bisher bei niedrigerem Wohlstandsniveau vorherrschenden Sektors verbunden ist,
- daß die Verlagerung sich im wesentlichen über unterschiedliche Wachstumsraten in Analogie zu einer unter-

schiedlichen Einkommenselastizität bei Gütern des Privaten Verbrauchs vollzieht.

Die landwirtschaftliche Produktion liegt heute in allen Industrieländern weit höher als zu Beginn der Industrialisierung. Ebenso ist auch in keinem hochentwickelten Industrieland bisher ein stetiger absoluter Rückgang der Industrieproduktion feststellbar.

Die Diskussion dieser Zusammenhänge könnte als scholastisch abgetan werden, hätte sie nicht eine so große Bedeutung für das weitere Wachstum:

- Das Wachstum von Wertschöpfung und Beschäftigung im Dienstleistungsbereich war besonders stark bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die entweder direkt (z. B. Handel, Verkehr, Nachrichten oder Finanzwesen) den Güterumschlag erleichtern oder Voraussetzung der Produktionsplanung (z. B. Forschung, Bildung, Wirtschaftsförderung oder Sicherheit) sind.

- Die Wirtschaftspolitik wird Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht auf Dauer nicht erreichen können, wenn sie sich nur auf Dienstleistungsbereiche konzentriert: Selbst hohe Überschüsse in der Lizenz- und Dienstleistungsbilanz können Defizite im Warenhandel selten dauerhaft ausgleichen und reduzieren sich dann, wie in den USA, durch wachsende Zinsverpflichtungen selbst.

- Alle Know-how-intensiven Dienstleistungsunternehmen, deren Beschäftigte in den letzten Jahren besonders zunahm, bevorzugen Standorte in Regionen, in denen sie ständig Kontakte zu innovativen Produktionsunternehmen unterhalten und umgekehrt. Nur hier finden beide die für die eigene Entwicklung entscheidenden „Führungsvorteile“.

Eine hochindustrialisierte Wirtschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland wird zwar mit der Zunahme der internationalen Arbeitsteilung in manchen Bereichen Anteile verlieren. Sie wird aber nur in wenigen Fällen auf ganze Produkt- oder Produktionssegmente verzichten können. Auslagerungen aus Umweltschutz- oder Arbeitskosten-gründen sind auch unternehmensintern selten Dauerlösungen (vgl. Chemie, Textil oder optische Industrie).

Die wachsende Dienstleistungsabhängigkeit der Produktion geht einher mit einer sich verändernden gesamtwirtschaftlichen *Arbeitsteilung*, sobald die Dienstleistungstätigkeiten kostensparend aus Industrieunternehmen ausgelagert werden:

- Die heute für die industrielle Produktion typische Außenhandelsverflechtung wäre ohne den Ausbau der internationalen Vertriebsnetze, des Handels und des Versicherungs- und Bankwesens kaum vorstellbar gewesen.

- Die mit wachsendem Wohlstand zunehmende Komplexität auch der industriellen Produktion bedarf zur Reduktion der Risiken von Investitionskalkulationen eines Ordnungsrahmens, der sich ohne eine leistungsfähige Verwaltung einschließlich der Dienstleistungen zum Ausgleich von Interessenkonflikten kaum realisieren läßt.

Der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft ist daher wenigstens teilweise *nicht eine Abkehr von der industriellen* (auch landwirtschaftlichen) *Produktion*, sondern viel eher ein Weg zur Erhöhung der Produktivität in diesen Wirtschaftsbereichen.

Der Prozeß der Umstrukturierung erfolgt langsam und führt zu *wachsenden Verflechtungen*. Er wird in der Bran-

chenstruktur erst statistisch erfaßbar, wenn er zu örtlich eigenständigen Betrieben oder zu rechtlich selbständigen Unternehmen geführt hat. Die historisch übernommene, meist unter Produktionsgesichtspunkten erfolgte Branchengliederung verschleiert dabei die tatsächlich gewachsenen wirtschaftlichen Interdependenzen

- zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes im Zuge der Spezialisierung und Arbeitsteilung;
- zwischen Unternehmen unterschiedlicher Größe als Folge der Rationalisierungsmöglichkeiten durch Massenproduktion und Konzentration bei gleichzeitig wachsenden individuellen Kundenansprüchen;
- zwischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, wenn sich z. B. der Handel Produktionstätigkeiten angliedert oder Stahlproduzenten durch den Verkauf von Dienstleistungen (z. B. in der Ingenieurberatung) diversifizieren.

Grundstoff- und Produktionsgüter produzierendes Gewerbe

Einige Wirtschaftszweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie werden auch heute noch von vielen Ländern als Schlüsselindustrien betrachtet. Dies gilt besonders für den Bereich Eisen, Stahl und Nichteisenmetalle, vielfach auch für die Grundstoffchemie.

Ihre höchsten Wachstumsraten erlebten die meisten Grundstoffindustrien in Zeiten hohen quantitativen Wachstums, die durch starken Materialeinsatz etwa im Baubereich, für die Herstellung von Investitionsgütern relativ einfacher Qualität und entsprechende Verbrauchsgüter gekennzeichnet waren.

In allen Grundstoffindustrien überwiegen kapitalintensive Massenproduktionsprozesse. Gleichzeitig dominierte lange Zeit der Preiswettbewerb gegenüber dem Qualitätswettbewerb.

Die in den vergangenen 10 bis 15 Jahren begonnene und sich in Zukunft weiter fortsetzende Umstrukturierung der Gesamtwirtschaft in Richtung auf ein Wirtschaftswachstum, das eher durch *qualitative Verbesserungen* getragen wird, hat in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie in weiten Bereichen zu relativ niedrigeren Produktionswachstumsraten bei gleichzeitig zunehmendem Konkurrenzdruck geführt.

Nur drei Wirtschaftszweige, die Chemie, die NE-Metall- und die Papiererzeugung konnten sich dieser Entwicklung teilweise entziehen. Alle drei Wirtschaftszweige wiesen noch deutlich positive Wachstumsraten auf und zwar vor allem im Zusammenhang mit dem Einsatz neuer Techniken oder, wie im Fall der Chemischen Industrie, im Zuge einer ständigen Spezialisierung und Diversifizierung in verbrauchsnahe Märkte (z. B. im Gesundheits- und Körperpflegebereich).

Der gesamte Produktionsgüter- und Grundstoffbereich ist für weite Produktgruppen gekennzeichnet durch eine *hohe Substitutions- und Preiskonkurrenz*. Die Kunden in der Investitions- oder Verbrauchsgüterindustrie sind in der Regel sachkundig und präferieren als Vorprodukt ihrer eigenen Fertigung die Werkstoffe mit den günstigsten Kosten-Leistungs-Relationen.

Aus diesem Grunde hat es zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen immer wieder Verschiebungen gegeben, die oft durch Produktinnovationen oder Änderungen bei den

Produktionskosten hervorgerufen waren. Typisch hierfür waren der Einsatz von Kunststoffen, der Weiterentwicklungen im Eisen- wie Nichteisenmetall anregte, oder die Verschiebungen, die als Folge der Energiepreissteigerungen auftraten. Derartige Gewichtsverlagerungen werden heute zusätzlich durch staatliche Interventionen beeinflusst, etwa im Zusammenhang mit Umweltschutzaufgaben (z. B. in der Metallverarbeitung oder der Chemie), unter Gesichtspunkten der Arbeitsplatzsicherung (in der Eisen-schaffenden Industrie) oder im Zuge von Qualitätsstandards für Werkstoffe und Produkthaftungsvorschriften.

Unter diesen Bedingungen war bereits in der Vergangenheit das *durchschnittliche Wachstum* im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes *niedriger* als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. In Zukunft wird der Anteil der Grundstoffproduktion noch weiter zurückfallen. Lediglich in der Chemischen Industrie und bis zur Jahrtausendwende auch bei der Papiererzeugung wird das überdurchschnittliche Wachstum anhalten. Weiterhin problematisch bleibt die langfristige Entwicklung bei der Mineralölindustrie, der Eisen- und der Nichteisenindustrie (Energie- und Umweltproblematik). Vergleichsweise positiv sind, gemessen an der ex-post-Entwicklung, die Wachstumsaussichten für die übrigen Bereiche.

Investitionsgüter produzierendes Gewerbe

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe konnte in der Bundesrepublik Deutschland seit 1960 ständig *überdurchschnittliche Zuwachsraten realisieren*. Entsprechend stieg sein Wertschöpfungsanteil an dem gesamten Verarbeitenden Gewerbe von 31.9% (1960) auf 46.6% im Jahr 1985.

Die Gründe sind weitgehend bekannt und seien hier nur stichwortartig erwähnt:

- Das rasche Produktionswachstum in der Bundesrepublik Deutschland ging mit einer wachsenden Kapitalintensivierung einher. Entsprechend befand sich das Investitionsgüter produzierende Gewerbe zumindest bis Mitte der 70er Jahre ständig in einer Verkäufermarktsituation.

- Die Produkte des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes sind überwiegend Know-how-intensiv, so daß das hochqualifizierte Facharbeiterpotential und der hohe technische Ausbildungs- und Leistungsstandard in der Bundesrepublik Deutschland relative Standortvorteile im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung bieten.

Die für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe so günstige *Marktlage* hat sich seit Ende der 70er Jahre deutlich *verändert*:

- Mit der Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der gewachsenen Kapitalintensität sank der Bedarf an zusätzlichen Investitionsgütern. Ersatzinvestitionen, die dazu noch zeitlich relativ leicht verschoben werden können, bekamen immer höheres Gewicht gegenüber den Erweiterungsinvestitionen.

- Im Bereich der Privaten Haushalte zeigten sich Sättigungserscheinungen bei fast allen langlebigen Haushaltsgütern und ließen selbst im Straßenfahrzeugbau die Wachstumsraten zeitweilig auf unter Null sinken.

- Auf den internationalen Märkten hatte sich mit Japan ein neuer Konkurrent vor allem für die verbrauchsorientierten, aber auch für serienmäßig gefertigte Investitionsgüter entwickelt.

- Auf der Produkt- wie auf der Prozeßseite ist die Anwendung neuer technischer Entwicklungen zur entscheidenden Voraussetzung für das weitere Wachstum geworden. Dies bedingt zwangsläufig steigende Produktivitätsraten, die angesichts des harten internationalen Wettbewerbs langfristig über dem Durchschnitt der letzten 10 bis 15 Jahre liegen werden.

Besonders die im Ausland vorangetriebene Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik hatte zu einer vorübergehenden Stagnation geführt: Die Preiserhöhungsdifferenziale gegenüber dem Verarbeitenden Gewerbe insgesamt fielen bis Anfang der 80er Jahre auf Null, zwischen 1980 und 1985 stiegen die Preise im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe mit 3.1% sogar etwas weniger als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt (3.2%). Die Zahl der Erwerbstätigen ging ständig zurück.

Die Unternehmen und Betriebe im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe sind gegenwärtig dabei, sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen und damit die in Teilbereichen zeitweilig *verlorene Wettbewerbsfähigkeit* wieder *zurückzugewinnen*:

- Unterstützt werden sie von der kräftigen Erholung der Investitionsgüternachfrage seit 1984, die allerdings zu großen Teilen aus dem Anfang der 80er Jahre zurückgestellten Ersatzbedarf gespeist wird.
- Einen besonderen Investitionsschub lösen auch Modernisierungs- und Rationalisierungsbestrebungen im Rahmen der Einstellung der Unternehmen auf die Öffnung des EG-Binnenmarktes nach 1992 aus.
- Stützend wirkt das bei den meisten Unternehmen gewachsene Kostenbewußtsein im Hinblick auf Energie- und Materialverbrauch.
- Ähnliches gilt für die steigenden Anforderungen an die Produktion unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes, die sich kostengünstig nur durch Einsatz neuer Verfahren und weiterentwickelte Produktlinien erfüllen lassen.

Die beiden letzten Argumente hatten allerdings anfänglich eher investitionshemmend gewirkt, weil die Diskussionen um neue Umweltschutznormen und eine zukunftsweisende Energie- und Rohstoffversorgung zunächst zu einer Verunsicherung geführt hatten. Erst in jüngerer Zeit resultieren hieraus positive Investitionseffekte.

Auch in Zukunft wird das Investitionsgüter produzierende Gewerbe seine Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland behalten und ausbauen. Die hier zu erwartenden Wachstumsraten werden auch bis ins neue Jahrtausend hinein über den durchschnittlich zu erwartenden Wachstumsraten sowohl des Verarbeitenden Gewerbes als auch des Bruttoinlandsproduktes liegen.

Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe

Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland hat unter der moderaten Entwicklung des Privaten Verbrauchs in den letzten 10 bis 12 Jahren sehr viel stärker gelitten als das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Letzteres konnte seine Produktion noch durchschnittlich um 1.2% p.a. zwischen 1973 und 1987 steigern, während bei den Wirtschaftszweigen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes überwiegend negative Vorzeichen vor den Wachstumsraten der Produktion standen (insgesamt: 0.3% p.a. zwischen 1973/1987).

Eine deutliche Ausnahme macht die Kunststoffverarbeitung.

Diese Entwicklung, die bereits in der Vergangenheit viele Unternehmen dieses Sektors in Schwierigkeiten gebracht hat und auch zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten führte, geht vor allem auf zwei Tendenzen in der *Struktur des Privaten Verbrauchs* zurück:

- Der starke Nachholbedarf nach Produkten dieser Wirtschaftszweige war bis Ende der 60er Jahre weitgehend gestillt.
- Zum anderen kamen die Verbrauchsgüter produzierenden Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend unter Kosten- und Konkurrenzdruck.

Gegengewichte gegen diese eher produktionseinschränkenden Faktoren gibt es bei den Wirtschaftszweigen, die schon bisher und verstärkt in Zukunft eine Zulieferfunktion für die Investitionsgüterproduktion haben (z. B. Kunststoffverarbeitung und Feinkeramik, Glas).

Das *Wachstum* der Verbrauchsgüter produzierenden Unternehmen wird insgesamt deutlich besser ausfallen als in der Vergangenheit. Es wird im Durchschnitt der nächsten 23 Jahre bei rund 2% pro Jahr preisbereinigt liegen, ein Wert, der etwa dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt entspricht. Bei einer Wachstumsrate des Privaten Verbrauchs von 2.5% (1985/2010) erreicht er jedoch ein nach wie vor nur unterdurchschnittliches Niveau.

Übrige Bereiche

Das Baugewerbe muß bis 2010 ausgeprägte Anteilsverluste hinnehmen: Dabei spielt der auf lange Frist rückläufige Wohnungsbau eine wichtige Rolle. Hiervon wird die Bauindustrie (im wesentlichen das Bauhauptgewerbe) deutlich stärker betroffen sein als das Bauhandwerk (im wesentlichen Ausbau- und Bauhilfsgewerbe). Mittelfristig sind dagegen Wachstumsraten etwa parallel zur Wertschöpfung insgesamt zu erwarten (Nachholbedarf im Wohnungsbau).

Im *Handelssektor* schlägt zu Buche, daß ein wachsender Teil der Wirtschaftsleistungen auf den Nichtwaren-Bereich entfällt, mithin der Handel auch nur (leicht) unterproportional am Wachstum beteiligt ist.

Die Wertschöpfung im *Verkehrsbereich* setzt sich aus einer sehr heterogenen Gruppe von Dienstleistungen zusammen: Deutsche Bundesbahn und nicht-bundeseigene Eisenbahnen, Binnenschifffahrt und -häfen, Seeschifffahrt und -häfen, öffentlicher Straßenpersonenverkehr, Güterkraftverkehr, Fluggesellschaften und -häfen, Rohrleitungsverkehr:

- Für den Bereich *Eisenbahnen* gehen wir davon aus, daß die starken Anteilsverluste in der Vergangenheit sich zukünftig deutlich abschwächen, weil einerseits die Bundesbahn zunehmend markt- und kostenorientiert operiert und andererseits der Schienenverkehr aus Umweltgründen längerfristig attraktiver werden dürfte.
- Der Bereich *Schifffahrt, Häfen* wird auch zukünftig nur unterdurchschnittlich am Wachstum teilnehmen: hier spielt nicht nur das unterdurchschnittliche Verkehrsaufkommen an Massengütern, sondern auch die internationale Wettbewerbsposition (Ausflaggen) eine wichtige Rolle.
- Für die Restgruppe *übriger Verkehr* erwarten wir ein Wachstum parallel zur Wertschöpfung insgesamt.

Im Bereich *Nachrichtenübermittlung*, zu dem lediglich das Bundesunternehmen Post zählt, werden seit langen Jahren sehr hohe Zuwachsraten der Bruttowertschöpfung erzielt, so daß sich der Anteil der Bundespost am Bruttowertschöpfungsvolumen kontinuierlich erhöht hat.

Getragen wurde diese Wertschöpfungssteigerung in erster Linie durch das dynamische Wachstum des Bestandes an Telefonhauptanschlüssen und die damit verbundene Ausweitung des Fernsprechverkehrs. Neben dem Telefonverkehr ist seit Ende der 60er Jahre mit der Datenverarbeitung eine weitere wachstumsfördernde Bedarfskomponente hinzugekommen (Datennetze). Demgegenüber gingen von den traditionellen Postdiensten (Brief-, Paketdienst) keine Wachstumsimpulse mehr aus, im Gegenteil: hier erhielt das Monopol z.T. erhebliche Konkurrenz von Privaten (z. B. Paketdienste).

Die zukünftige Entwicklung der Wertschöpfung im Nachrichtenwesen wird sich von der Vergangenheitsentwicklung nicht wesentlich unterscheiden: zwar werden die zukünftigen Zuwachsraten die der Vergangenheit nicht mehr erreichen, dennoch werden sie auch in Zukunft nahezu doppelt so hoch ausfallen wie die der Bruttowertschöpfung insgesamt.

Sowohl das *Banken-* wie auch das *Versicherungsgewerbe* gehörten in der Vergangenheit zu den Gewinnerbranchen: Ihr Anteil am Bruttowertschöpfungsvolumen erhöhte sich stetig: 1960 2.4%, 1970 3.7%, 1980 4.7%, 1987 5.2%. Diese Entwicklung wird sich auch in Zukunft, abgeschwächt, fortsetzen: 1995 5.4%, 2010 5.7%. Zwar bleibt die nach wie vor überdurchschnittliche Entwicklung in diesen Wirtschaftssektoren erhalten, die expansive Dynamik der Vergangenheit wird jedoch deutlich gebremst. Gründe hierfür liegen in zunehmenden Grenzen für das reine Mengengeschäft von Banken und Versicherungen, im wachsenden nationalen und internationalen Wettbewerb (EG '92) und in einem bereits erreichten relativ hohen qualitativen Versorgungsniveau der Bevölkerung mit Bankdienst- und Versicherungsleistungen.

Zu den *sonstigen privaten Dienstleistungen* zählen

- das Hotel- und Gaststättengewerbe,
- der Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur mit Kunst, Theater, Film und Fernsehen,
- das Gesundheits- und Veterinärwesen,
- die übrigen Dienstleistungen mit Wäscherei, Reinigung, Beratungsleistungen, Ausstellungen etc.

Bei diesen Wirtschaftsbereichen ist zu beachten, daß sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach dem institutionellen Prinzip abgegrenzt sind. Dies schränkt die Aussagefähigkeit der Zahlen überall dort ein, wo gleiche oder ähnliche Dienstleistungen von verschiedenen Trägern aus unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen zugerechnet werden. So werden z. B. Gesundheitsdienstleistungen sowohl vom Staat als auch von Organisationen ohne Erwerbscharakter und von privaten Dienstleistern erbracht.

Für den Gesamtbereich rechnen wir weiterhin mit einem deutlich überdurchschnittlichen Wertschöpfungszuwachs, so daß sich der Anteil der sonstigen privaten Dienstleistungen wie folgt entwickelt: 1960 11.7%, 1970 11.0%, 1975 12.0%, 1980 12.8%, 1987 15.1%, 2010 18.3%.

¹⁾ Kohler, H., Reyher, L., Arbeitszeit und Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960-1986, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 123, Nürnberg, 1988.

Die Bruttowertschöpfung des *Staates* ist in der Verwendungsrechnung des Brutto sozialprodukts im Staatsverbrauch enthalten. Sie macht dort rd. 58% (1987) des Staatsverbrauchs aus. Das bedeutet, daß zwischen dem Staatssektor der Verwendungsrechnung und der Bruttowertschöpfung in der Entstehungsrechnung ein unmittelbarer Zusammenhang besteht und die dort aufgeführten Determinanten für die Entwicklung des Staatsverbrauchs auch für die Bruttowertschöpfung gelten.

6. Konsequenzen für den sektoralen Arbeitskräftebedarf

Der zukünftige Bedarf wird mit Hilfe der Schätzungen von sektoraler Produktivität und sektoralem Produktionswachstum berechnet. Einen ersten Schätzansatz hierfür bietet die aus der Vergangenheit abgeleitete quantitative Beziehung zwischen dem Produktivitäts- und dem Produktionswachstum für die einzelnen Wirtschaftszweige, der sogenannte Verdoorn-Ansatz.

Dieser Ansatz erlaubt es, das Produktivitätswachstum mathematisch in zwei Komponenten zu zerlegen: einmal in eine produktionsunabhängige, autonome Komponente, zum anderen in eine an die Produktionsentwicklung gebundene Komponente. Zu beachten ist dabei, daß diese Zerlegung – statistische Signifikanz der Schätzgleichung unterstellt – zwar mathematisch, nicht jedoch in jedem Fall auch logisch „zwingend“ ist: Die ex-post-Reihen beider Größen sind ja ihrerseits von einer Vielzahl von „darunterliegenden“ Faktoren abhängig. Nur wenn diese Abhängigkeiten gleichartig wären und zeitstabil blieben, könnte auch eine entsprechende Entwicklung der zwei berechneten Komponenten erwartet werden.

Die prognostizierten Produktivitäten (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) konnten im Gegensatz zu früheren Untersuchungen durch die Analyse und Projektion der Stundenproduktivitäten nach Wirtschaftsbereichen überprüft werden, da erstmalig auf vergleichbare Zeitreihen der Arbeitszeit je Erwerbstätigen zurückgegriffen werden konnte¹⁾. Diese neue Untersuchung ermöglichte eine Aufspaltung der ex-post-„Produktivität je Erwerbstätigen“ in die beiden Komponenten „Produktivität je Erwerbstätigenstunde“ und „Arbeitszeit je Erwerbstätigen“, welche ihrerseits wiederum eine bessere systeminterne Kontrolle der geschätzten Produktivitäten durch die Aufspaltung der Erwerbstätigenproduktivität in die beiden genannten Komponenten erlaubt.

Alle bisherigen Untersuchungen zur Beziehung zwischen Produktions- und Produktivitätswachstum (pro Erwerbstätigenstunde) zeigen für die Wirtschaft insgesamt einen engen Zusammenhang. Über alle Wirtschaftszweige hinweg ist eine produktionsunabhängige Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts trotz technologischer Neuerungen nicht festzustellen. Vielmehr spielt das Produktionswachstum als Indikator für das Wachstum der Investitionen und damit für das Tempo des Einsatzes neuer Techniken im Produktionsprozeß und für die Finanzierungsbedingungen eine wesentliche Rolle hinsichtlich Verlangsamung bzw. Beschleunigung der Produktivitätsrate.

Entsprechend variiert auch das Arbeitsplatzangebot in erster Linie mit dem Produktionswachstum.

Diese generellen Einflüsse sind jedoch nicht ohne weiteres auf die einzelnen Produktionsbereiche übertragbar. Hier wirken sich die jeweiligen produktionstechnischen Bedingungen, das bereits erreichte Niveau der Kapitalintensivie-

rung, das zukünftige Potential an technischen Neuerungen, die preislichen Bedingungen auf Beschaffungs- und Absatzmärkten (Überwälzbarkeit) etc. stärker aus. Daher wurden die mit dem Verdoorn-Ansatz ermittelten sektoralen Produktivitätsschätzungen auch mit den Zukunftseinschätzungen und Spezialkenntnissen von Branchenexperten konfrontiert und gegebenenfalls modifiziert. Ähnlich war im übrigen schon bei den Produktionsschätzungen verfahren worden. Methodisch wurde im Prinzip wie in der Studie bei der Tätigkeitsprojektion beschrieben vorgegangen. Dieses Vorgehen unterstreicht den „bottom-up-Charakter“ der Projektion auf Basis der Branchen.

Im einzelnen lassen sich für die Wirtschaftsbereiche kurz zusammengefaßt die im folgenden dargestellten Entwicklungen von Produktivität und Arbeitskräftebedarf erwarten.

In der *Landwirtschaft* ist von einer Verlangsamung des Produktivitätswachstums auszugehen, da einerseits die zunehmend notwendige Umstellung auf eine qualitativ höherwertige Landwirtschaft (Abkehr vom Primat der Output-Steigerung) produktivitätsmindernd wirkt und andererseits sich bei ungebrochener Produktivitätsentwicklung und dem erwarteten Produktionswachstum ein extremer Abbau der Beschäftigten ergäbe, dem eine vorerst noch unzureichende Absorptionskapazität der übrigen Wirtschaftsbereiche gegenüberstünde. Hinzu kommt, daß künftig vermehrt in der Landwirtschaft Tätige mit umwelterischen Maßnahmen betraut werden dürften, denen auf der Output-Seite ein reales produktionserhöhendes Äquivalent fehlt. Dem entspricht ein weiter anhaltender Rückgang im Arbeitskräftebedarf, der jedoch im Vergleich zur Vergangenheit abgeschwächt sein wird: 1987/2010 -2% p.a. Dabei halten sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Varianten in engen Grenzen.

In der *Energie- und Wasserversorgung* ist die Produktivität nach 5.9% in den 60er und 5.6% in den 70er Jahren mit 1.3% p.a. in den letzten Jahren (1980/87) deutlich langsamer gestiegen, möglicherweise eine Folge der mit den enormen Turbulenzen auf den Energiemärkten verbundenen besseren Preisüberwälzungsmöglichkeiten. Wie stark ausbleibende Preiserhöhungsspielräume Druck auf die Produktivität ausüben, läßt sich anhand der Daten für 1980/82 und 1985/87 ablesen: 1980/82 ging die Produktivität bei allgemein anziehendem Preisniveau für Energie um über 7% zurück, 1985/87 bei allgemeinem Druck auf der Energiepreisseite stieg die Produktivität um mehr als 11%. Für die zukünftige Entwicklung gehen wir von einem weiteren Produktivitätswachstum in Höhe von 1.8% p.a. aus, welches bis 1995 (bei stagnierendem Energiepreisniveau) übertroffen, nach 1995 (bei wieder anziehenden Energiepreisen) jedoch nicht mehr erreicht wird. Der Arbeitskräftebedarf, der in der Vergangenheit leicht zugenommen hat (1970/87 +0.1% p.a.), wird dabei leicht progressiv rückläufig sein. In der mittleren Variante erwarten wir einen Rückgang von 0.6%, in der oberen von 0.5% und in der unteren von 0.7% p.a. für 1987/2010.

Im *Verarbeitenden Gewerbe* liegen die prognostizierten Zuwachsraten der Produktivität je Erwerbstätigen deutlich über dem in der jüngeren Vergangenheit erreichten Zuwachs (1980/87 1.9% p.a.). Für die mittlere / obere Variante erwarten wir 2.8% bzw. 3.1% p.a. Ursache hierfür sind anhaltend hoher Wettbewerbsdruck, technologische Innovationen und eine gemäßigte Reduktion der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Für die untere Variante dagegen wird bis 1995 ein deutlich höheres

Niveau (2.6% p.a.) als danach (2.3% p.a.) erwartet. Für die Stundenproduktivität bedeutet dies einen Zuwachs von 3.4% p.a. in der mittleren, von 3.7% in der oberen und von 3.1% p.a. in der unteren Variante. Dementsprechend ist mit einem weiteren Rückgang des Arbeitskräftebedarfs im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen. Selbst unter den Bedingungen der oberen Variante sinkt die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1987 und 2010 um 0.6% p.a., wenn auch weniger stark als in der mittleren (-0.7% p.a.) und vor allem in der unteren Variante (-1.0% p.a.).

Im *Baugewerbe* ergeben sich deutlich über dem Trend (0.6% p.a. 1977/87) liegende Produktivitätszuwächse. Hauptgrund hierfür ist der sich mit dem Nachfragerückgang verschärfende Wettbewerb, der einen entsprechenden Rationalisierungsdruck ausübt und zum Ausscheiden von Grenzbetrieben führt. Die strukturellen Effekte aufgrund der Verschiebungen in der Baunachfragestruktur wirken deutlich produktivitätssteigernd. Für das Arbeitsplatzangebot führt die Kumulation von unterdurchschnittlichem Produktions- und vergleichsweise hohem Produktivitätswachstum zu einer starken Abnahme, und zwar am stärksten in der unteren Variante. Hier schrumpft der Arbeitskräftebedarf um 1.2% p.a., während der Rückgang in der oberen (-0.6%) und in der mittleren Variante (-1% p.a.) bis 2010 deutlich schwächer bzw. schwächer ausfällt.

Die Produktivitätseffekte im *Handel* dürften zukünftig in der Tendenz eher stärker ausfallen als in der Vergangenheit. Beiden Handelsbereichen bietet die EDV die Möglichkeit, ihre Produktivität ohne Qualitätsverluste zu steigern, vor allem in den für den Kunden „unsichtbaren“ Bereichen. Dieser Produktivitätseffekt (m.V. 2.7%, o.V. 2.9%, u.V. 2.3% p.a.) schlägt sich besonders stark in der unteren Variante auf den Arbeitskräftebedarf nieder. Dieser geht unter diesen Bedingungen um rund 0.8% p.a. (m.V. -0.5%, o.V. -0.3% p.a. 1987/2010) zurück.

Im *Verkehrssektor* hängt viel vom zukünftigen Zusammenspiel zwischen der Bahn und dem übrigen Verkehr ab. Dabei hat die Bahn eine Schlüsselrolle. Hier werden die Bemühungen zu weiteren Verbesserungen der Einnahmen/Ausgaben-Relation anhalten, jedoch ist auch das Rationalisierungspotential der Bahn ohne negative Rückwirkungen auf Attraktivität und Service begrenzt. So erwarten wir zwar einen weiteren Beschäftigungsabbau, jedoch bleibt dieser deutlich hinter dem der jüngeren Vergangenheit zurück. Für die Erwerbstätigenproduktivität bedeutet dies einen Rückgang der Trendrate von 2.8% p.a. (1980/87) auf 2.4% bzw. 2.7% resp. 1.7% p.a. (m.V., o.V., u.V.).

Die Entwicklung beim Staatsbetrieb Bahn sowie der sich zusätzlich verschärfende Wettbewerb mit der Öffnung des EG-Binnenmarktes zwingen den übrigen Verkehr zu weiteren Produktivitätssteigerungen und zu kontinuierlich besseren Organisationsformen der Schnittstelle zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern. Auf die Arbeitsplatzzahl im gesamten Verkehrsgewerbe wirkt sich dieser Produktivitätsanstieg deutlich aus: Rückgang der Erwerbstätigen um 0.1 bis 0.4% p.a., am stärksten in der unteren Variante.

Die Erwartung, daß der *Nachrichtenbereich* überproportionale Produktivitätssteigerungen erzielen wird, basiert in erster Linie auf der Annahme einer weiterhin expansiven Nachfrage- und Produktionsentwicklung. So werden sich technische Neuerungen nicht allein auf den Bereich des Fernmeldewesens beschränken, sondern auch in den personalintensiven Bereichen Brief- und Paketdienst zu Rationalisierungen führen. Der gegenwärtig verstärkte Ausbau

der neuen Kommunikationssysteme wird andererseits gerade in der Einführungsphase wegen des hohen Automatisierungsgrades verstärkte Informations- und Service-Leistungen bewirken. Auf lange Sicht wird das Produktivitätswachstum allerdings stärker abnehmen als das Produktionswachstum. Mithin steigt die Beschäftigung auch künftig noch an. Lediglich in der unteren Variante schlägt dieser Anstieg nach 2000 in einen leichten Rückgang um.

Bei *Kreditinstituten* und dem *Versicherungsgewerbe* zeigen sich prinzipiell die gleichen Entwicklungstendenzen: die Produktivitätspotentiale sind in beiden Sektoren recht hoch. Sie ergeben sich vor allem aus dem verstärkten Einsatz von Kommunikations- und Informationsverarbeitungstechniken, deren Rationalisierungsreserven noch nicht voll erschlossen sind. Allerdings verlangen der Markt und die Wettbewerbssituation zukünftig vermehrt persönliche Beratungsleistungen, die das Automatisierungspotential begrenzen. Dennoch wird sich die Produktivitätsrate gegenüber der Vergangenheit noch erhöhen. Primär verantwortlich dafür ist allerdings die Produktionsseite: Das bereits jetzt erreichte Niveau der Kosten für den bargeldlosen Zahlungsverkehr, die Gebühren- und Wertstellungspolitik der Banken und die durch die EG-Integration zu erwartende Wettbewerbsintensivierung auf diesem Markt werden bei verhaltenerem Produktionswachstum zu höherer Produktivität, d. h. zu weniger expansiver Personalpolitik zwingen. Deshalb erwarten wir zukünftig eine über dem ex-post-Wert von 2.6% p.a. liegende Produktivitätsrate von 2.8% bzw. 3.0% p.a. (m.V. bzw. o.V.). Nur in der unteren Variante wird mit 2.3% p.a. bis 2010 das ex-post-Wachstum nicht ganz erreicht. Trotz des zurückgehenden Produktionswachstums im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit resultiert hieraus in der oberen Variante bis 2000 noch ein leicht steigender Arbeitskräftebedarf, der danach stagniert und zwischen 2005 und 2010 sogar leicht rückläufig ist. In der unteren und in der mittleren Variante schrumpft der Arbeitskräftebedarf auch schon zwischen 1987/2000 deutlich bzw. leicht.

Auch für die *sonstigen privaten Dienstleistungen* ist gegenüber der Vergangenheitsentwicklung mit einem Anstieg der Produktivität zu rechnen. Dies gilt insbesondere für den unternehmensbezogenen Teil der Dienstleistungen im Informations- und Beratungsbereich, bei dem der umfassende Einsatz der neuen Informationstechniken zur Kapitalintensivierung und entsprechend zu Rationalisierung führen wird. Auch die zu erwartende Zunahme in der Nutzung privater Weiter- und Ausbildungsangebote lassen Produktivitätsgewinne erwarten. Doch diese (im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe nach wie vor niedrigen) Produktivitätszuwächse werden überkompensiert durch das Produktionswachstum. Entsprechend resultiert in allen Varianten ein wachsender Arbeitskräftebedarf, der deutlich an der Spitze aller Wirtschaftsbereiche liegt. Selbst in der unteren Variante ist noch mit einem Beschäftigungszuwachs von 1.4% p.a. bis 2010 zu rechnen (m.V. 1.7% p.a., o.V. 1.9%; ex-post 1970/87 3.8% p.a.).

Auf die besondere Problematik der Produktivitätsschätzung im *staatlichen Sektor* und bei den *Organisationen ohne Erwerbscharakter* sei hier nur kurz hingewiesen: als Produktivitätsmaßstab dient hier allein die Veränderung des Stellenkegels, nicht ein marktmäßig bewerteter Produktionswert je Erwerbstätigen.

Für die so gemessene Produktivität zeichnen sich folgende Tendenzen ab: Insgesamt ist ein positiver Stellenkegeleffekt zu erwarten; die Umstrukturierung der Staatsaufgaben

wird vermehrt höher Qualifizierte im öffentlichen Dienst erfordern; ferner bewirkt die „Regelbeförderung“ eine automatische Verschiebung des Stellenkegels nach oben. Dazu kommt, daß auch im öffentlichen Dienst infolge von Rationalisierungsmaßnahmen verstärkt auf weniger qualifiziertes Personal verzichtet werden kann, wodurch das durchschnittliche Qualifikationsniveau angehoben wird. Für die Organisationen ohne Erwerbscharakter gelten prinzipiell die gleichen Tendenzen. Im Ergebnis resultiert der Arbeitskräftebedarf des Staates und der Organisationen ohne Erwerbscharakter überwiegend aus dem Produktionswachstum. Ein Teil des Arbeitsplatzwachstums (m.V. 0.9%, o.V. 1.0%, u.V. 0.7% p.a. bis 2010) hängt mit dem wachsenden Anteil von Teilzeitarbeit auch im öffentlichen Dienst zusammen, der sich aufgrund der vergleichsweise wenig flexiblen Dienstrechtsvorschriften erst viel langsamer den entsprechenden Entwicklungen in anderen Verwaltungs- und Dienstleistungssektoren anzupassen vermochte.

7. Aktuelle Lage und Ergebnisse der vorliegenden Projektion

Betrachtet man die derzeitige wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik, – seit 1983 werden ununterbrochen positive Zuwachsraten des Sozialprodukts geschrieben; die

Wirtschaftliche Eckdaten am aktuellen Rand
Jährliche Zuwachsraten, in Prozent

		Prognose 1988–1995	1988 ist	1989 ist	1990 *	„Rest“ 1991–1995
Bruttosozialprodukt	m.V.	2.4	3.6	4.0	+3.3	1.7
	o.V.	2.8				2.3
	u.V.	2.1				1.2
Privater Verbrauch	m.V.	2.5	2.7	1.6	+3.5	2.4
	o.V.	2.8				2.9
	u.V.	2.2				1.9
Staatsverbrauch	m.V.	1.9	2.2	-0.8	+2.0	2.4
	o.V.	2.2				2.8
	u.V.	1.8				2.2
Ausrüstungen	m.V.	4.0	7.5	9.1	+6.0	1.9
	o.V.	4.5				2.8
	u.V.	3.4				1.0
Bauten	m.V.	2.3	4.7	5.2	+5.0	0.7
	o.V.	2.8				1.6
	u.V.	1.8				-0.1
Exporte	m.V.	3.7	5.8	10.8	+6.0	1.4
	o.V.	4.0				1.9
	u.V.	3.4				1.0
Importe	m.V.	4.2	6.3	6.4	+7.0	2.8
	o.V.	4.5				3.1
	u.V.	4.1				2.5
Erwerbstätige Inländer (JD)	m.V.	0.3	0.6	1.2	1.0	-0.1
	o.V.	0.5				0.2
	u.V.	0.2				-0.3
BSP/erwerbstätigen Inländer	m.V.	2.1	3.0	2.7	2.0	1.8
	o.V.	2.3				2.1
	u.V.	1.9				1.4

* Schätzung JD Jahresdurchschnitt
Erwerbstätige und Produktivität 1989 geschätzt.

Arbeitslosenzahlen konnten (z.T. auch durch Neuabgrenzung und Karteibereinigung) stabilisiert werden; 1989 wurde sogar ein BSP-Zuwachs von 4% erzielt; die Beschäftigung hat seit 1983 gleichfalls stetig zugenommen – so hat es den Anschein, als seien Wirtschaft und Gesellschaft inzwischen, zumindest kurzfristig, eher auf den oberen als auf den mittleren prognostizierten Wachstumspfad eingeschwenkt.

In der Tabelle sind die vorläufigen Ergebnisse für 1988 und 1989 (entsprechend der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 10.1.1990) sowie die gekennzeichneten eigenen Schätzungen für 1990 ausgewiesen. Darauf aufbauend werden die für 1991/95 aufgrund der Prognosen und der zwischenzeitlich (bis und mit 1990) eingetretenen Veränderungen verbleibenden Zuwachsraten („Rest“) dargestellt, wobei zu beachten ist, daß es sich bei den für 1995 ausgewiesenen Projektionswerten um konjunkturneutrale längerfristige Tendenzwerte handelt und nicht um eine Prognose der Ist-Entwicklung bis 1995.

Sollte 1990 ein Wirtschaftswachstum von 3-3.5% erzielt werden, so beträgt für 1991-95 auf der Basis der mittleren Variante die „verbleibende“ jährliche Zuwachsrate 1.7%, auf der Basis der oberen Variante sogar 2.3%. In Anbetracht auch zukünftig wohl eintretender konjunktureller Einbrüche erscheint die Prognose deshalb nicht zwangsläufig bereits heute zu niedrig. Sollten, wie allgemein erwartet wird, in 1991-92 rezessive Einflüsse überwiegen, so ist eine jährliche Zuwachsrate von 1.5-2% bis 1995 sogar sehr wahrscheinlich.

Während 1988 das Wirtschaftswachstum in starkem Maße vom Privaten Verbrauch getragen war (1. Phase der Steuerreform), haben sich die Wachstumsschwerpunkte 1989 verlagert: der Private Verbrauch stieg nur noch um 1.6%, der Staatsverbrauch schrumpfte um 0.8%; dagegen stiegen die Ausrüstungsinvestitionen um 9.1%, die Bauinvestitionen um 5.2% und die Ausfuhr sogar um 10.8%. Investitionen und Ausfuhr waren damit in 1989 Wachstumsträger des 4%igen BSP-Zuwachses. Allein der Zuwachs des Ausfuhrüberschusses von 1988 auf 1989 erklärt das BSP-Wachstum zu mehr als 40%. Schon 1990, und noch stärker 1991 und 1992, werden die Investitionen weniger stark zum BSP-Wachstum beitragen. Auch der Ausfuhrüberschuß wird 1990 (und danach) vermutlich nicht wachsen. Eine niedrigere DM/\$-Relation (Aufwertung der DM) und eine geringere Importnachfrage der wichtigsten Industrienationen wirken tendenziell bremsend auf die deutschen Exporte. Die Importe dagegen werden 1990 auch aufgrund zunehmenden privaten und staatlichen Verbrauchs stärker anziehen als die Exporte.

Die für die Zeit von 1991 bis 1995 verbleibende Produktivitätsrate von knapp 2% in der mittleren bzw. gut 2% in der oberen Variante liegt damit leicht über bzw. leicht unter dem verbleibenden Wirtschaftswachstum von 1.7 bzw. 2.3% p.a. – unter der Voraussetzung, daß auch 1990 die Zahl der Erwerbstätigen wiederum um ca. 300 000 (wie schon 1989) steigt, was jedoch keineswegs sicher ist. 1988 und 1989 waren die Arbeitszeitverkürzungen bzw. genauer die erwerbstätigen-spezifischen jahresdurchschnittlichen Arbeitszeitrückgänge vergleichsweise gering: sie dürften bei 0.4 bis 0.6% p.a. gelegen haben, so daß die Stundenproduktivität 1988 mit ca. 3.5% und 1989 um die 3% gestiegen sein dürfte. Bei einer für den Gesamtzeitraum prognostizierten Veränderung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen von 0.8% in der mittleren Variante bis 1995 resultiert für 1990-95 eine jährliche

Abnahme von 0.9% p.a. – in Anbetracht der in 1989 geleisteten Überstunden, auf dem Hintergrund der Durchsetzung der 37,5-Stunden-Woche und vor dem Hintergrund der Forderung nach der 35-Stunden-Woche (die auch 1990, in Verbindung mit Lohnforderungen von teilweise über 10%, schon in erhebliche Tarifauseinandersetzungen mit Streiks führen kann, was zu Wachstums- und Beschäftigungseinbrüchen führen würde) eine durchaus realistische Annahme, zumal die in 1988/90 gestiegene Investitionsquote auch die Voraussetzungen für die Realisierung höherer Stundenproduktivitäten schafft.

Auch die jetzt vorliegenden genaueren Daten zu den Erwerbstätigenzahlen aus der AZ/VZ 1987 nach Wirtschaftsbereichen sowie die (vorläufige) Revision der Erwerbstätigenzahlen für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, welche im März 1990 vom Statistischen Bundesamt vorgelegt werden soll, können die Grundaussagen der Studie u.E. auch hinsichtlich der meisten branchenstrukturellen Aussagen nicht grundsätzlich in Frage stellen, da die wesentlichen Grundlinien der Projektion wie

- unterdurchschnittliches zukünftiges Wachstum für die Bereiche Landwirtschaft, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Verarbeitendes Gewerbe;
- deutlich überproportionale Entwicklung vor allem bei den übrigen privaten Dienstleistungen;
- generell die Tendenz zu einer Dienstleistungsintensivierung;
- Erhöhung der Produktivität im Vergleich zur Vergangenheit,

um nur einige zu nennen, auch bei (insgesamt doch vergleichsweise geringen) Modifikationen von ex-post- und ex-ante Produktivität in ihren Wirkungen auf Produktions-, Beschäftigungs- und Qualifikationsstrukturen erhalten bleiben. Dies schließt jedoch an der einen oder anderen Stelle auch „spürbare“ Modifikationen nicht aus.

Wichtiger als diese „facts and figures“ scheint uns jedoch, daß die für das optimistische Szenario kennzeichnenden Handlungscharakteristika, wie eingangs beschrieben, bislang kaum erkennbar Handlungsgrundlage der politischen und wirtschaftlichen Akteure sind. Noch stehen reaktive Verhaltensweisen eindeutig im Vordergrund, und zwar sowohl im politischen wie auch im wirtschaftlichen Bereich. Deutlich sichtbar wird dies etwa im Bereich der Umweltpolitik von Staat und Gesellschaft (auf äußeren Druck statt aufgrund innerer Einsicht reagieren), bei der Abrüstungsdiskussion (wo Generäle im Sandkasten ewig die Schlachten von Gestern schlagen und sich nur zögerlich von Soldaten und dem Jäger 90 trennen), bei der Vergabe von Subventionen etc. etc.

Viel entscheidender und viel grundsätzlicher für die vorliegende Prognose ist u.E. dagegen die Fragestellung, ob und inwieweit die Bundesrepublik die mit der Öffnung der DDR-Grenze entstandene politische Situation „verdaut“, und zwar unabhängig von „Wunschvorstellungen“ jedweder politischer Couleur. Durch die Öffnung der Grenzen können DDR-Bürger jederzeit ihr Land verlassen und in die Bundesrepublik übersiedeln. Leichter wurde auch die Situation der Aussiedler in der Sowjetunion, in Rumänien, Polen und im übrigen Ostblock.

Daraus resultiert ein potentiell steigender Problemdruck:

- Die Zahl der Übersiedler – und damit auch das Erwerbspersonenpotential und der Druck auf den Arbeitsmarkt – wird um so größer sein, je höher der Stimmengewinn der SED-PDS am 18.3.1990 ausfällt und je länger es dauert, bis

die DDR die rechtlich institutionellen Voraussetzungen für eine soziale Marktwirtschaft geschaffen hat und westliche, vor allem bundesdeutsche Hilfe in der DDR ankommt und vor Ort für die Bevölkerung spürbar wird: es wird geschätzt, daß bis zu einem Drittel der DDR-Bewohner mit dem Gedanken der Übersiedlung spielen.

- Je größer die tatsächliche Zahl an Übersiedlern, desto größer auch die kurz- und mittelfristigen Probleme in der Bundesrepublik, angefangen von fehlenden Wohnungen über zu geringe neue Arbeitsplatzangebote bis hin zu den Sozialausgaben einschließlich potentieller Rentenzahlungen. Je größer die tatsächliche Zahl an Übersiedlern, desto schwieriger allerdings auch die Situation für die DDR selbst. Sie droht „auszubluten“: wer jung und gesund ist, siedelt über, ebenso vielleicht, wer bereits in Rente ist. Ähnlich, wenn auch nicht so gravierend, ist die Situation bei den Aussiedlern.

- Je stärker die Wirtschaftshilfe für die DDR ausfällt, auch von seiten der Unternehmen, desto stärker werden möglicherweise laufende Ausgaben und Investitionen in der DDR und nicht im Inland wirksam, mit entsprechenden Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung im Inland.

- Der Wunsch nach Wiedervereinigung hat einen Preis, den im wesentlichen die Bundesrepublik bezahlen bzw. zumindest vorfinanzieren muß: relativ friktionsarm läßt sich diese nur erreichen, wenn beide Teile Deutschlands einigermaßen vergleichbare Lebensstandards aufweisen, und davon kann auch auf mittlere Sicht nicht die Rede sein. Kurz- und mittelfristig muß es deshalb darum gehen, die DDR-Wirtschaft so schnell wie möglich zu modernisieren und umzugestalten, um auf dieser Basis einen Wachstumsprozeß zu initiieren, der sich selbst trägt und Deutschland-

Ost in die europäische und die weltwirtschaftliche Entwicklung einbindet. Ohne vorherige Angleichung der Lebensstandards, und dies ist u.E. eine realistische Hypothese, ist die Wiedervereinigung zum Scheitern verurteilt: Man denke nur an die inneren Zerreißproben, vor welchen die derzeitigen (bundesdeutschen) Bundesländer stünden, wenn unter den gegenwärtigen Bedingungen ein gesamtdeutscher Länderfinanzausgleich anstünde.

Die hier nur bruchstückhaft angerissenen Problempunkte sollen zweierlei verdeutlichen:

- Die vorliegende Projektion ist zwar an dieser oder jener Stelle aufgrund der bereits eingetretenen wirtschaftlichen Entwicklung in geringem Maße „revisionsbedürftig“ (etwa bezüglich der kurzfristigen Wohnbauaktivitäten oder der Zuwanderungsströme), sie ist jedoch in ihren Grundlinien aufgrund der bisherigen Wirtschaftsentwicklung keinesfalls „überholt“. Zu groß sind auch die Unwägbarkeiten, die derzeit für die optimistische Variante der wirtschaftlichen Entwicklung sprechen: Etwa die laufenden Tarifverhandlungen, der (derzeit offene) Ausgang der Bundestagswahlen im Herbst 1990, die möglicherweise anfänglich eher Arbeitsplätze kostenden Auswirkungen der „EG 1992“ auf die Bundesrepublik und vor allem die bislang reaktiven Verhaltensweisen der Entscheidungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft.

- Sie ist allerdings – auf dem Hintergrund der veränderten Ost-West-Situation im Zentrum Europas – neu zu überdenken, was die mittel- und längerfristige europäische Gesamtentwicklung und darin eingebettet die gesamtdeutsche Entwicklung betrifft: Dies allerdings bedarf noch weitergehender Analysen und wird deshalb das Kernthema des neuen „prognos deutschland reports“ sein.